

Bewegung für Sozialismus  
FÖJ

# offensiv links

8. Nov. '74

**8** WAHLEN: STEIERMARK,  
SALZBURG, VORARLBERG

**10** ORF: THEATERDONNER

**11** GB: WILSON BLEIBT,  
EBENSO DIE KRISE

**23** IST DER TSCHUSCH  
IMMER DER TESCHEK?

## Schützt euch vor dem „Schutz des menschlichen Lebens“



Kreisky verdankt die absolute Mehrheit für die SPÖ im Parlament sicherlich nicht in erster Linie der kirchlichen Abstinenz in parteipolitischen Belangen – jedenfalls was die letzten Jahre betrifft. Aber diese parteipolitische Neutralität der Kirche war doch einer der Aspekte, den man im katholischen Österreich nicht gänzlich außer Acht lassen darf.

Dieser Aspekt ist Ergebnis eines Prozesses, der mit der Ära Johannes' 23. begonnen hat. Unter ihm wurde das traditionelle Verhältnis zwischen Kirche und Staat, zwischen christlichen Glaubensinhalten und der herrschenden Ideologie einer scharfen innerkirchlichen Kritik unterzogen.

Die Ursachen dieser Diskussion und Reformen in der Kirche liegen in den veränderten politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Dem Kapitalismus steht eine immer stärker werdende und bewußtere Arbeiterklasse gegenüber, dem Imperialismus setzen immer mehr Völker siegreichen Widerstand entgegen. Diese Entwicklung hat den Einfluß der Kirche auf die (armen) Massen radikal in Frage gestellt, war doch dieser Einfluß bisher dadurch abgesichert, daß sich die Kirche mit der Politik und den Interessen der herrschenden Klassen verbündet hatte. Camillo Torres hat der Religion des Kreuzes eine revolutionäre Erneuerung angesagt, indem er zum Gewehr

## Krisenbudget 1975?

### Was ist ein Budget?

Das Budget (Bundshaushaltsvoranschlag) ist am kürzesten als ein in Zahlen gegossenes Regierungsprogramm für das kommende Jahr zu kennzeichnen. Jedesmal, wenn sich eine neue Regierung dem Parlament

vorstellt, gibt der Bundeskanzler eine Regierungserklärung ab. Dieses Programm ist aber völlig allgemein gehalten und vor allem nicht verbindlich. Das Regierungsprogramm ist nur eine Absichtserklärung. Es besteht kein Zwang, es zu verwirk-

Fortsetzung auf Seite 3

# offensiv links

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen oft zu wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, auch von den Problemen und Meinungen der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal etwas hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

"offensiv links" will hier eine Lücke füllen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten, Schülern und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

"offensiv links" wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die Erfahrungen, die der einzelne in der Arbeitszeit und in der Freizeit macht, werden regelmäßig ausgetauscht.

Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung vertiefen.

## KONTAKTADRESSEN:

1040 Wien, Belvederegasse 10, 65-19-52

1090 Wien, Porzellangasse 33a, 34-67-145

1020 Wien, Odeongasse 1 (Eingang Große Mohrengasse), 24-70-402

ERSCHEINUNGSORT: WIEN

VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

# offensiv links

griff, weil er dem Elend und dem Treiben jener, die am Elend schuld sind, nicht mehr mit gefalteten Händen zusehen mochte.

In Österreich äußerte sich diese Entwicklung in der Beendigung der halb-offiziellen Kirchenpraxis, von der Kanzel herab Wahlempfehlungen für die "christliche" Partei, sprich ÖVP, abzugeben. Kardinal König war anfangs Ausdruck dieser politischen Kehrtwendung der Kirche in Österreich. Er repräsentierte jene Teile der katholischen Hierarchie, die von der Einsicht ausgingen, daß die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen eine Modifizierung der Kirchenpropaganda erfordern, um den steigenden Ziffern von Kirchengläubigen und damit Kirchensteuerabgängen wirksam zu begegnen. Sekundiert wurde ihnen in der Kirche auch von einer Handvoll fortschrittlicher Kirchenmänner, die in der Wiederbelebung des Urchristentums die einzige Chance sahen, die kirchliche Glaubenssubstanz zu erneuern und zu einer echten gesellschaftlichen Kraft werden zu lassen. Sie wollten dabei nicht nur eine Fassadenerneuerung der weltlichen Macht der Kirche sehen. Die so ausgelösten Kirchenreformen riefen aber auch andere, radikalere Geister auf den Plan, die durch ihre ketzerischen, weit über den beabsichtigten Rahmen hinausgehenden Ansichten und Forderungen die Verwirrung in den traditionellen Kernschichten der Kirche (Bauern und Kleinbürgertum) noch vergrößerten. Parallel zur steigenden Verwirrung stiegen trotz gegenteiliger Erwartungen auch die Kirchengläubigen weiter an.

Nun verstärkte sich der Ruf - auf Johannes XXIII. folgte Paul VI. - nach einer Art Gegenreformation als Antwort auf die kurze, aber alles aufwirbelnde Zeitspanne der innerkirchlichen Reformation. Denn auch die gesellschaftlichen Zeichen stehen wieder wirtschaftlich und ökonomisch auf Sturm, und in solchen Zeiten besinnt man sich auch in der Kirche lieber darauf, was man hat und worauf Verlaß ist.

Die sozialdemokratischen Reformen auf dem Gebiet der Familienpolitik, der Stellung der Frau in der Gesellschaft und vor allem in der Frage des §144 boten sie ÖVP-gläubigen

Katholiken und christlichen Geschäftsleuten den geeigneten Anlaß, die wirksame Flagge zu hissen, unter der eine Vergatterungskampagne beginnen konnte.

Die "Aktion Leben" hat geraume Zeit eine Rumpelkammerexistenz unter kirchlich orientierten Vereinen gefristet. Kerzweiber zogen mit Spiritusflaschen von Ort zu Ort, wo sie Embryos samt belehrenden Plakaten und Texten zur Schau stellten, um die "Heiligkeit und Unantastbarkeit des Lebens" zu demonstrieren. Die Institution der Ehe und Familie – rechter, konservativer Gesinnungsart – stand im Mittelpunkt ihrer selbst von katholischen Kreisen belächelter Propaganda.

Der "Aktion Leben" wurde mit ÖVP-Geldern und provinziellen Bischofssegnen neues, aktives Leben eingehaucht. Da schon "Mord an Bäumen" die Volksseele erregte, wie dann erst ein Volksbegehren nach "Schutz des menschlichen Lebens", unter dem man ja allerhand verstehen kann

Kardinal König erklärte am Katholikentag in der Stadthalle, wo eine Messe zum Volksfest umfunktioniert wird, und einer Predigt die Bedeutung politischer Grundsatzklärung zu kommt, "man wolle nicht alte Gräben aufreißen". Das braucht man auch nicht, denn man hat sich in ihnen bereits wieder häuslich eingerichtet. Die einst Waffen segnende Kirche, die mit allem, was Rang und Namen und Geld und Macht hatte, an einem Tisch saß, den Vietnamkrieg weder auf Seiten der USA, noch auf Seiten des vietnamesischen Volkes "gerecht" fand und den Hungertod von Millionen mit Alibiaktionen für den saturierten Kleinbürger seelen- und mundgerecht macht, diese Kirche liegt wieder in den Schützengräben der Humanitas, wo scharf geschossen wird. Zur Lösung der sozialen Probleme, die Mord und Totschlag, Zwist und Haß, auch die Notlösung der Abtreibung oder halbdebile, geknechtete und verkommene Kinder erzeugen, hat die Kirche nichts beizutragen gewußt. Aber Prinzipien kann sie immer noch feilbieten – die ihrer Meinung nach auch für jene recht und billig sein und sogar gesetzliche Geltung haben sollen, die mit ihr, der Kirche nichts zu tun



haben wollen –, und dafür steigt sie auf die politische Barrikade.

Die Sache ist so simpel wie die Politik. Jemand profitiert auf Kosten von jemandem dabei. Diesmal geht die ÖVP-Kreise und Landesbischöfe Arm in Arm und rufen das Volk zum Bekenntnis zu den "alten" Werten auf. Es müssen eben ideelle Werte sein, da sie kein Brot und keine Kleidung bringen. Und keine Hilfe für die Probleme, die hier zu demagogischen Zwecken erhalten müssen. Um von ihrem eigentlichen Kern und Inhalt abzulenken. Um aus ihnen Kapital für eine Weltanschauung, für Glauben und Ideologie zu schlagen.

Das Kapital schießt vor, um später die Früchte ernten zu können. Das sind dann keine Fötusse, sondern Hunderttausende Erwachsene, die das Kapital früher mit dem Segen der Kirche auf die Schlachtbank, heute mit dem Segen der Kirche in die Fabriken schickt, um aus ihnen Blut, Schweiß und Profit herauszupressen. Und wer weiß, ob morgen die Schlachtbank nicht wieder geöffnet wird? Der erneut beißend aufsteigende Weihrauch soll das Bewußtsein der künftigen Opfer heute schon betäuben.

Wirklich, eine Schutzaktion müssen wir da gegen dieses Unternehmen starten!

## Krisenbudget...

lichen. Versprechen läßt sich's leicht. Das Budget hingegen hat die Form eines Gesetzes, dessen Zustandekommen sogar in der Verfassung geregelt ist. Jeder einzelne Einnahme- und Ausgabeposten ist exakt beziffert. Bei den Ausgaben bedarf jede Abweichung nach oben eines eigenen Budgetüberschreitungs-gesetzes. Bei den Einnahmen schaut's ein wenig anders aus. Sie sind naturgemäß Schätzungen. Hier geht es gewöhnlich verkehrt vor sich. Der Finanz-

minister schätzt "vorsichtig", d. h. er unterschätzt bewußt. So lautete die Schätzung der Lohnsteuereinnahmen für 1974 auf 26 Milliarden Schilling. Tatsächlich dürften sie etwa 28 Milliarden betragen, ca. 8 Prozent mehr. Damit hat er eine finanzielle Manövrier-masse zur Verfügung.

Wie kommt ein Budget zustande? Bereits im Frühsommer schätzen, gehörig nach oben aufgerundet, die zuständigen Beamten der einzelnen



Ministerien ihren Finanzbedarf für das kommende Jahr. Dann kommt es zu Verhandlungen zwischen diesen Beamten und denen des Finanzministeriums. Dabei wird der Großteil bereinigt. Der Rest, die Spitze des Berges, birgt das Dynamit. Der wird in Mini ster Verhandlungen, heuer in der Woche vom 5. bis zum 12. September, bereinigt. Dabei kommt es zu den bekannten Wadelbeißereien, von denen immer was an die Öffentlichkeit dringt. Denn das Budget ist "geheim" bis zur Budgetrede des Finanzministers vor dem Nationalrat am 22. Oktober. Dann folgt die Generaldebatte mit grundsätzlichen Stellungnahmen der Parteien. Hierauf wird das Budget dem Finanzunterausschuß überwiesen. Von dort kommt es zum zweiten Mal ins Plenum, wo jedes einzelne Kapitel debattiert und abgestimmt wird. Änderungen kommen vor, sind aber selten und bedeutungslos. Ist das vorüber, wird das Ganze in 3. Lesung noch mal abgestimmt und, jetzt ohne Änderungen, angenommen. Jetzt ist es verbindlich und heißt Bundeshaushaltsgesetz.

### Was bedeutet ein Budget heute ?

So weit, so nicht aufregend. Aber, wie gesagt, das Budget ist ein Regierungsprogramm.

Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie hat sich vor allem im Kampf um die Budgethoheit herausgebildet.



„Wohin soll das alles führen?“

Die Befugnis, Steuern und Abgaben zu bewilligen, war die stärkste Waffe der frühen Bourgeoisie und des zeitweise taktisch mit ihr verbundenen Adels gegen den absolutistischen Staat. Die langsame Entwicklung des englischen Parlamentarismus war ein einziger Kampf um die Steuerhoheit. Dasselbe Thema beschäftigte die französischen Generalstände vor der Revolution: Der Sturm auf die Bastille wurde durch die Entlassung des Finanzministers Necker ausgelöst, einem Bankier und Repräsentanten des gehobenen Bürgertums. Sogar im bismarckischen Preußen ließ es die sonst so staatsfromme Bourgeoisie genau in diesem Punkt auf den Streit ankommen -- den sie prompt verlor. Die Budgethoheit bildete immer den Kern der Parlamentarischen Demokratie. Das erklärt auch die juristische Spitzfindigkeit, daß das Budget ein Verwaltungsakt ist, aber Gesetzesform hat. Es ist zu wichtig, um es den Beamten zu überlassen.

Umso bedeutsamer ist es, daß sich hier seit geraumer Zeit ein bedeutsamer Wandel anbahnt. Vorreiter sind die USA. Die erste wichtige Reform kam dort in den zwanziger Jahren: Sie brachte eine Stärkung der zentralen Kontrolle. Dann kam die große Krise und mit ihr zögernde Versuche, mit öffentlichen Mitteln die Arbeitslosigkeit zu mildern. Sofort tauchte auch die Frage der "Effizienz", d.h. der Profitabilität staatlichen Wirtschaftens auf. Der 2. Weltkrieg verstärkte diese Tendenz, allerdings nur auf militärischem Gebiet. Nach dem Krieg aber strengte man sich an, Managerdenken auf die gesamte staatliche Gebahrung zu übertragen. Und dabei entdeckte man, daß mit traditionellen Methoden -- jährliches Budget, Ressortplanung -- wenig zu holen war. Das Ergebnis war ein neues Budgetierungssystem, das fast alle entwickelten kapitalistischen Länder übernahmen, Österreich allerdings noch nicht: das PBBS (Planning-Programing-Budgeting System). Das Verfahren hat seine Tücken, aber das Prinzip ist einfach: Das Geld wird nicht mehr einfach an Ministerien vergeben, sondern für genau definierte übergreifende Projekte. Die dauern aber gewöhnlich länger als ein Jahr; jetzt werden überall Fünfjahrespläne Mode. Damit werden gewisse Methoden sozialistischer Planung nachgeahmt, mit mäßigem Erfolg. Die Techniken der Entscheidung sind schließlich auch aus dem Management

geholt: Es wird einfach die betriebliche Kostenrechnung übernommen, an die Gegebenheiten notdürftig angepaßt, "Kosten-Nutzen-Analyse" getauft und munter drauflos analysiert. Ein Projekt soll auch im staatlichen Bereich möglichst nur dann realisiert werden, wenn es einen bestimmten Profit ("internen Zinsfuß") abwirft. Es geht nicht ganz nach Wunsch, aber das steht auf einem anderen Blatt.

Das Ergebnis ist eine enorme Machtübertragung vom Parlament auf die Regierung. Formell hat das Parlament das letzte Wort. Formell! Denn praktisch ist das Parlament reine Abstimmungsmaschinerie, um den Fernsehern "Demokratie" vorzugaukeln. Und selbst wenn ein Abgeordneter mal anders wollte: Woher sollte er die Informationen bekommen? Er selbst ist selten Fachmann, wer sollte ihm den Apparat dafür ersetzen? Außerdem haben Abgeordnete bei ihrer "Arbeitsüberlastung", sprich einträglicher Ämterhamsterei, ganz andere Sorgen. Was übrigbleibt, ist ein weiterer schwerwiegender Entdemokratisierungsakt. Sogar eine Studie des österreichischen Finanzministeriums -- darin soll Erfahrung für die Einführung dieses Systems in Österreich gesammelt werden -- stellt fest: "Eine wesentliche Folge des PPBS war die Machtverlagerung von der Legislative zur Exekutive." Ursache und Wirkung werden einseitig gesehen. Eine der Voraussetzungen dafür war schon eine solche Machtverlagerung. Sie ist eine allgemeine Tendenz. Neue Verwaltungstechniken tragen dem natürlich Rechnung und fördern die Entwicklung nach Kräften.

Seit einiger Zeit steht auch in Österreich eine neue Finanzordnung vor der Tür. Damit soll die bisherige Starrheit gelockert werden. Diese Starrheit bringt die Bürger in Zorn. Wie soll der Finanzminister zu ihren Gunsten disponieren, wenn 74 Prozent der Ausgaben schon gesetzlich festliegen und der Rest gewohnheitsrechtlich? Bisher war nur eine "inkrementale Anpassung" möglich. Dieses schöne Wort bedeutet, daß zusätzliche Aufgaben nicht durch Umschichtung, sondern nur durch mehr Geld erledigt werden können. Außerdem wehrt sich jede Gruppe heftig gegen eine absolute Kürzung. Daran ist niemand interessiert. Vorschläge wie: es müßten immer mehr Steuern wegfallen und damit dem Staat Geld



entzogen werden (Prof. Andreae in den VP-Wirtschaftsgesprächen) sind lächerlich. Sie entsprechen durchaus nicht dem bürgerlichen Interesse.

Ganz so reibungslos geht es also nicht. Der bürgerliche Staat sieht sich von einer Planung überfordert. Die eleganteste Technik ist kein Ersatz für Politik. Und die steht nach wie vor unter allen sich verschärfenden kapitalistischen Widersprüchen. Die Wirtschaft soll **irgendwie geplant** werden. Andererseits soll der Staat leicht dezentralisiert werden. Also was? Dezentralisierung oder langfristige zentrale Planung? In unserem System geht jede Lösung auf Kosten einer anderen: entweder der Konjunktursteuerung (Arbeitslosigkeit und damit gefährliche soziale Spannungen); oder der Profitabilität (Vergeudung staatlicher Mittel); oder ... oder...

### Budget 1974 und Budgetvorschau

Da derzeit detaillierte Daten noch ausstehen, soll das laufende Budget einigerverdeutlichen. Zwecks Verschleierung und auch aus gesetzestechnischen Gründen ist es in drei Teile aufgespalten: das Grundbudget, eine "Stabilisierungsquote" – sie soll ausgegeben werden, falls (wie tatsächlich) Mehreinnahmen anfallen – und schließlich ein Konjunkturbelebungsbudget, für den Fall unvorhergesehener Krisenmomente (wie weit diese tatsächlich ausgegeben wird, ist bis zum Rechnungsabschluß nicht ganz klar !)

"Maßnahmen im einzelwirtschaftlichen Bereich werden erst dann profitabel, wenn sie durch Maßnahmen im öffent-

lichen Sektor sinnvolle Ergänzung finden. Mit der Modernisierung im privatwirtschaftlichen Bereich muß die Verbesserung des Leistungsangebotes im öffentlichen Bereich einhergehen." (Androsch, Budgetrede 1973). Die Aussage des Finanzministers umreißt klar die Zielsetzung der Regierung. Nur, siehe oben, einer schnellen Anpassung steht halt einiges im Wege. Da fällt der hohe Anteil der Sozialausgaben auf. Teils ist dies auf die Zeit zurückzuführen, als die SP noch versuchte, reformistische Politik zu betreiben. Teils kommt darin aber das Bestreben zum Ausdruck, einen immer größeren Teil des Lohnes zu vergesellschaften. Sozialausgaben, Steuern etc. kommen in einen Topf und werden dann vom Staat verteilt. Die Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen nimmt daher auch an, daß der Sozialanteil gleichbleiben wird. Erziehung, Wissenschaft und Forschung hingegen bekommen immer mehr. Den Löwenanteil nimmt der Straßen- und sonstige Verkehr mit zusammen 28,6 Prozent ein. Erträgliche Verkehrsverhältnisse sind eine unumgängliche Voraussetzung für eine profitable Wirtschaft. Relativ gering mit 3,6 % ist der Aufwand für das Militär. In der BRD z. B. macht er ca. 20 % aus. Das zeigt unausgesprochen eines ganz klar: Dieses Heer ist nach außen nicht zu gebrauchen. Es eignet sich nur als Bürgerkriegsarmee. - Noch einige Zahlen aus der Budgetvorschau: Von heuer de facto rund 164 Milliarden soll das Budget bis 1978 auf 252 anwachsen. Dabei würde bei Berücksichtigung der noch fälligen Steuerreform ein Defizit von rund 25 Milliarden herauschauen. Trotzdem würde der Budgetanteil von 26,7 % des Bruttosozial-

alproduktes auf 25,8 % zurückgehen. Bereits seit 1970 ging dieser Anteil um etwa 2 % zurück. Das macht den irreführenden Eindruck, als ob die Ausgaben der Öffentlichen Hand überhaupt sinken würden. Das tun sie nicht, im Gegenteil, Länder und Gemeinden geben stets mehr aus. – Ein Wort zur Steigerung der Personalausgaben von 58 auf 98 Milliarden (36 bzw. 39 %): Die VP spricht von einer "Vermehrung der Schreibtische" und lügt dabei bewußt. Die Zunahmen stammen vor allem vom Mehraufwand im Unterricht. Die Zahl der "eigentlichen" Beamten dürfte wenig steigen. Und wer von EDV in der Verwaltung schwärmt: Vielleicht würde sie besser arbeiten, aber billiger käme sie nicht. Sollen die bisherigen Beamten die Computer bedienen ?

Woher kommt das Geld? Es sind vor allem die Lohnsteuer (Voranschlag 1974: 26 Milliarden; 1975: 29,8 Milliarden), die Einkommenssteuer (1974: 18; 1975: 20 Milliarden), die Körperschaftsteuer (6 bzw. 7 Milliarden) und die Mehrwertsteuer (1974: 53; 1975: 62,8 Milliarden). Der Anteil der Lohnsteuer wächst ständig: heuer macht er 17,5 % der Einnahmen aus, 1978 werden es 22,8 % sein. Das sieht noch nicht so arg aus. Aber die Lohnabhängigen werden ja auch durch die Mehrwertsteuer belastet (und durch einiges andere mehr!); und die wirkt im Gegensatz zur progressiven Lohnsteuer -- je höher der Lohn oder das Einkommen, desto größer der Steuersatz -- genau verkehrt, regressiv: je niedriger ein Einkommen ist, desto stärker wird es prozentmäßig durch die Mehrwert- und die sonstigen Verbrauchssteuern belastet. Trotzdem macht auch die Sozialdemokratie das, was sie vorher der VP vorgeworfen hat: Sie senkt die Lohnsteuer ein wenig, erhöht aber ständig die Verbrauchssteuern, "weil man die nicht merkt" – außer daß halt die Preise steigen.

### Wer muß 1975 sparen ?

In diesem Moment sind erst die Globalzahlen bekannt und einige Hinweise. Das ordentliche Budget 1975 weist Ausgaben von 184,4 Milliarden Schilling auf (+15,7 % gegenüber 1974), Einnahmen von 168 und ein Defizit von 16,3 Milliarden. Dazu kommen noch die ▶

	Grundbudget		Stabilisierungsquote		Konjunkturbelebungsbudget	
	öS (Md.)	Prozent	öS (Md.)	Prozent	öS (Md.)	Prozent
Summe	159,414	100	4,9	100	3,0	100
Soziales	38,1	23,9	0,1	2,04	-	-
Erziehung, Unterricht	14,4	9,1	0,4	8,10	0,2	6,6
Forschung, Wissenschaft	5,3	3,3	0,2	4,08	0,3	10,0
Straßen	10,1	6,3	0,2	4,08	1,2	40,0
Sonstiger Verkehr	35,5	22,3	1,9	39,00	0,5	16,6
Wohnungsbau	1,0	0,6	0,1	2,04	0,0	0,0
Militär	5,7	3,6	0,6	12,24	0,2	6,6

Die Übersicht ist nach der Bestimmung der Ausgaben gegliedert, nicht nach Ressorts.

Stabilisierungsquote und der Konjunkturbelebungszuschlag, ca. 7 Milliarden. Damit ist die Steigerung größer als die des Sozialprodukts. Der Staat wird also nicht sparen, außer beim Wichtigen, dem öffentlichen Verkehr z. B. Aber den benutzen ja eh nur die Unteren. Daß der Wagenpark der ÖBB überaltet ist, daß allein die Ausstattung der Waggone mit der international üblichen halbautomatischen Kupplung -zig Millionen kosten würde, das kann Androsch nicht kümmern. Verkehrsminister Lancwindet sich, traut sich aber nicht zu widersprechen.

Wer spart? Also sprach Androsch: "Einen wesentlichen Beitrag zu mehr Stabilität muß von der Einkommenspolitik geleistet werden. Es muß daher in unser aller Interesse liegen, bei Einkommenserwartungen oder Ein-

kommenswünschen bescheiden zu sein. Viele berechtigten Wünsche und Vorhaben mußten dem gespitzten Rechenstift zum Opfer fallen. Äußerste Sparsamkeit und Sicherstellung des weiteren Aufbaues der Wirtschaft ist erforderlich. "Der stellvertretende SP-Vorsitzende und mögliche Kreisky-Nachfolger sagt es. Sparen müssen die Arbeiter, nicht nur beim Rasieren. Wer denn sonst? Die Unternehmer? Die erhalten nach wie vor ihre Investitionsförderung. Haben ihre Gewinne seit 1969 doch nur um 107 Prozent zugenommen, die Armen.

Das Budget 1975 ist offenbar die einzige Antwort einer Sozialdemokratie auf die beginnende Krise. Und diese ist keine Energiekrise. Es ist die langfristige Krise eines Systems, das historisch schon längst überholt ist.

## ÖMV

Aus der Betriebszeitung der ÖLZUZLER entnehmen wir nachfolgenden Artikel:

RAUNZERL

Bei der ersten Verhandlung über die Lohnforderung gab es natürlich wieder die übliche Lamentation seitens der Unternehmer. Außer einer Erhöhung des Lohnes wurde auch die Forderung nach Berechnung des Urlaubes in Arbeitstagen erhoben. Für die Schichtbeschäftigten wurde diese Forderung bereits im Jahre 1971 einer Erledigung zugeführt.

Die Firmenvertreter verwiesen wieder einmal auf die angeblich vielen bereits erfolgten Zugeständnisse einerseits und andererseits auf die labile wirtschaftliche Situation, sowie auf den Absatzrückgang in der Erdölindustrie.

Außerdem wurde dem Verhandlungskomitee auch noch sehr drastisch vor Augen geführt, wie gefährlich solche Lohnerhöhungen für den wirtschaftlichen Kreislauf sind: "Immer größere Lohnerhöhungen führen zu immer höheren Ausgaben, durch diesen Überkonsum (Autos, Zweitwohnungen usw.) werden die Preise angeheizt und so dreht sich das Rad der Teuerung immer weiter..."

Ein eindringlicher Maßhalteappell, die Lohnforderungen möglichst niedrig zu halten und damit einen Beitrag zur Stabilisierung zu leisten, wurde an die Adresse des Verhandlungskomitees der Arbeiter gerichtet.

Als diesen Ausführungen entgegengehalten wurde, daß die Teuerungsrate heuer um zwei Prozent höher ist als im Vorjahr und daher schon aus diesem Grund die Lohnerhöhung höher ausfallen muß, war für diese Argumentation nicht viel Verständnis zu bemerken. Und was den sogenannten Überkonsum betrifft, so sind es nicht die Arbeiter und Angestellten die an den Preissteigerungen Schuld sind. Gerade in der Erdölindustrie ist dies am augenscheinlichsten zu registrieren.

Dazu meinte dann Frau Dr. Ottillinger als Sprecherin der Unternehmerseite:

# Lohnrunde 1974

Beim Erscheinen dieser Nummer werden die KV-Verhandlungen bereits unter Dach und Fach sein. Hunderttausende Metall-Berg-Chemie Arbeiter und Angestellte werden vor vollendete Tatsachen gestellt sein. Dennoch wollen wir auf einige bezeichnende Punkte hinweisen, die den Charakter dieser Verhandlungen kennzeichnen.

War es bei den Versicherungsangestellten noch vor einigen Monaten möglich, Betriebsvollversammlungen und Konferenzen durchzuführen, so ist das bei den drei "Großen" Gewerkschaften nicht "drinnen". Der relative Erfolg der Versicherungsangestellten ist aber in erster Linie auf die Bereitschaft dieser Angestellten, für ihre Interessen zu kämpfen, zurückzuführen. Es spricht für die Gewerkschaftsvertreter dieser Branche, daß sie laufende Information und Mobilisierung der Betroffenen teilweise realisiert hat.

Bei den derzeitigen Verhandlungen kam es bis heute nicht zu derartigen Veranstaltungen (Stand Mitte Oktober).

Die Verhandlungen werden hinter geschlossenen Türen unter Ausschluß der Betroffenen geführt. Auf ihre Einbeziehung in die Auseinandersetzung mit den Unternehmern wird bewußt verzichtet. Lakonisch teilt der ÖGB-Pressedienst (Nr. 186/22.10.) mit, daß zwischen Metall-Arbeiter und Unternehmer "erste Annäherungen" erzielt wurden. Ende Oktober soll abgeschlossen werden.

Ähnlich die Vorgangsweise bei den anderen Gewerkschaften.

Die Bereitschaft und die Kraft von Tausenden, ihren Interessen zum Durchbruch zu verhelfen, wird bewußt lahmgelegt und damit die Position der Arbeitenden geschwächt.

Der Versuch, die Arbeitszeitverkürzung, die Steuerreform, die Inflation in den Vordergrund der Verhandlungen zu setzen, zeigt, daß die berechnete Unruhe in den Betrieben über die Reduzierung der Höhe der Forderungen, aber noch viel mehr über die Art der Geheimverhandlungen, geglättet werden sollen.

"Ja, müssen denn die Bedienerinnen mit dem Auto in die Arbeit fahren?"

Eine sehr bezeichnende Äußerung wenn man weiß, daß die gleiche Frau Dr. Ottlinger auch eine sehr prominente Funktionärin des ÖAAB ist. Sicherlich sind ihr alle Forderungen ihrer Organisation bekannt:

Mehr Urlaub, mehr Geld, weniger Steuern usw. Erst jetzt anlässlich der Arbeiterkammerwahlen wurde mit diesen Forderungen eifrig und mit Erfolg geworben.

Wie ernst es dem ÖAAB allerdings mit der Verwirklichung seiner Forderungen tatsächlich ist, sieht man dann konkret dort wo sie selbst am

Hebel sitzen. Bedienerinnen und das sollte sicher nur als ein Beispiel dienen, brauchen sich kein Auto zu leisten. Sie sollen so wie in der "guten alten Zeit" bloßfüßig zur Arbeit rennen.

Solche Äußerungen soll man sich gut merken.

## Wer trägt das Risiko?

Immer wieder wird vom "Unternehmerisiko" gesprochen, wenn es zu beweisen gilt, daß die Unternehmer berechtigt ihren Profit auf Kosten der Arbeiter erzielen. Wer aber wirklich das Risiko trägt, wird auch in Österreich in der letzten Zeit immer erkennbarer:

### Swarowski Wattens

600 Arbeiter werden auf die Straße gesetzt. 600 Arbeiter, die die Profite der Besitzer gigantisch steigen ließen. Die Stadtväter von Wattens geben sich überrascht, hat man doch noch bis vor kurzem Arbeiter eingestellt. Jetzt werden die "Verdienten Mitarbeiter" wie es in einer Annonce heißt "als treue und fleißige Arbeitskräfte" weiterempfohlen. Uns ist nicht bekannt, daß einer der Manager oder gar die Besitzer von Swarowski nicht wissen, wie sie die nächsten Monate ihren Lebensunterhalt verdienen werden.

### Bally Wr. Neustadt

Hier sind es 400, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Schweizer "Multi" will es so. Wir haben noch die Erklärungen Kreiskys und Staribachers im Ohr, die die Multis nach Österreich herzlich einluden. Die "bösen" Lin-

ken, die damals erklärten, daß das ausländische Kapital nur an seine Profite denkt, wurden als "zurückgeblieben" belächelt. Daher wurden die "Multis" großzügig gefördert und bevorzugt behandelt. Sie danken es. Oder ist Bally nur ein Einzelfall?

### Anker Registrier- maschinen

50 Kündigungen, ebenfalls ein Tochterbetrieb eines Multi. Der Auftragsstand dieses mit österreichischen Steuermittel geförderten Betriebs ist gut. Anders die Lage in der BRD. Dort bahnen sich Schwierigkeiten an. Rücksichtslos werden daher Aufträge umfunktioniert, wozu hat man denn ausländische Zweigstellen? Daß der österreichische Betrieb zugrunde gerichtet wird, das ist eben das Risiko.

### Reichert Optik

Dieser Betrieb, Besitz eines großen amerikanischen Konzerns, setzt ebenfalls ca. 50 Angestellte auf die Straße. Bezeichnend ist, daß bei Reichert ursprünglich Facharbeiter in das Angestelltenverhältnis aufgenommen wurden. Diese sollen jetzt wieder in die Produktion, während die "überflüssigen" Angestellten, die der "Rationalisierung" zum Opfer fallen, eben gehen müssen (über diesen Betrieb werden wir in der nächsten Nummer von OL ausführlicher berichten).

### Kraus und Naimer

In dieser Wr. Neustädter Firma sind bereits 7 Arbeiter gekündigt worden, weitere 121 müssen Kurzarbeit leisten bei 60% igen Lohnverlust.

Diese kleine Auswahl von Betrieben zeigt, wer bei Schwierigkeiten zum Handkuß kommt. Es wird an uns liegen, die Verlogenheit des "Unternehmerrisikos" bewußt zu machen.





Wahlen:

# Steiermark Salzburg Vorarlberg

Bei der Analyse der Landtagswahlen in Vorarlberg und in der Steiermark, sowie der Gemeinderatswahlen im Land Salzburg, können wir uns die ganze bunte Zahlenarithmetik ersparen, auf die sich alle bürgerlichen Wahlstrategen stützen. Unsere Be-

hauptungen lassen sich leicht in jeder Tageszeitung an Hand der abgedruckten Tabellen auf ihre Richtigkeit überprüfen. Wir wollen uns hier lieber an den sogenannten "Trend" halten. Das ist für uns der Versuch, aus dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Blabla und Wahlgemauschel herauszuschälen, was an politischem Kern darin enthalten ist.

Dabei wollen wir auch nicht um den heißen Brei herumschleichen, sondern eingangs schon klipp und klar festhalten: der Sieg der ÖVP kann sich leicht als Pyrrhussieg entpuppen; die Verluste der FPÖ sind ernstzunehmen, ebenso die Unfähigkeit der KPÖ, am "Trend" zu profitieren; die Niederlage der SPÖ könnte sich im nachhinein - um die politische Intelligenz eines Reformpolitikers vom Format Kreiskys zu charakterisieren - als "einkalkuliert" herausstellen. Wie das ?

Bürgerliche Wahltheoretiker behandeln Wahlen wie eine Art politisches Toto, in dem die Unvorhersehbarkeit der Summe der Spielergebnisse durch die bekannte Fähigkeit und Stärke einzelner Fußballklubs relativiert wird. Von Rapid erwartet man als Tabellenführer in der Regel einen Sieg. Bei Austria ist die Sache schon etwas heikler.



Wahlen haben die Funktion, in filtrierter Form gesellschaftliche Interessen und Kräfteverhältnisse aufzuzeigen. In einer wirtschaftlichen Entwicklung, die sich zum Großteil dadurch entfalten kann, daß keiner sich so recht zu seiner gesellschaftlichen Rolle bekennt und das Prinzip "leben und leben lassen" leidlich funktioniert, weil die Lohnabhängigen mit einer bescheidenen Leben schon fast zufrieden sind und die Kapitalisten auf ihre Kosten leben lassen (Sozialpartnerschaft), werden Wahlen zu einer Wissenschaft eigener Art hochstilisiert. Und tatsächlich können da objektive Tendenzen und subjektive Faktoren zu echten Gegensätzen werden, sodaß die Welt förmlich auf den Kopf gestellt zu sein scheint.

\*

Die objektiven Tendenzen liegen innerhalb der Entwicklungsläufe der kapitalistischen Konzentration selbst. Auch in Österreich wächst der Anteil der Angestellten auf Kosten der Arbeiter. Die Angestellten unterscheiden sich nur nach ihrer scheinbar andersartigen Stellung, nicht aber nach ihrer Funktion im Arbeitsprozeß von den Arbeitern, die sie gestern selbst noch waren. Die Kleinbauern verschwinden oder halbieren sich in Fabriksarbeiter (Pendler) und selbstausbeutende Landarbeiter. Sie alle wählen SPÖ. Immer weniger bestimmt das Standesbewußtsein, immer mehr die Gleichheit der materiellen Interessen und Bedürfnisse die Wahl. Einer nach spezifischen ideologischen Gesichtspunkten propagierenden Partei des Kleinbürgertums und der Bauernschaft im herkömmlichen Sinn, wie der FPÖ, wird der Boden unter den Füßen entzogen. Die FPÖ wird von der ÖVP, wie Raab prophezeit hatte, "inhaliert", den Rest "verführt" die SPÖ.

Eine SPÖ, die sich auf den kapitalistischen Weg verschworen hat, muß, um ihre Politik der kleinen Reformen abzusichern und sie mit einer systemkonformen Zukunftsperspektive zu versehen, sich die "fortschrittlichen" Inhalte und Tendenzen des Kapitalismus zum eigenen Vehikel machen. Das ist das Groß- und Monopolkapital. Hier kann die SPÖ der verhatschten ÖVP mit mittelständischem Be-

wußtsein und einer völlig widersprüchlichen Struktur – Bauern, Arbeiter, Angestellte, Kleinbürgertum und Kapital – den Rang ablaufen, ohne sich vollends jedes Verhandlungsspielraums zu begeben. Dieser Spielraum ist umso größer, je kleiner die Opposition innerhalb und außerhalb der SPÖ von links ist. Eine fehlende linke Alternative schafft den neurotischen Mechanismus des Protestwählens. Verkörpert ist es meist im traditionellen SPÖ-Wähler, dem Arbeiter. Er ist ja vor allem derjenige, der unmittelbaren Anlaß zum Protest gegen die Maßnahmen der "Arbeiterpartei" hat: die gehen meistens unmittelbar auf seine Kosten.

So gesehen, kann Kreisky selbst aus den Ergebnissen der jüngsten Wahlen in Österreich für sich noch positive Konsequenzen ziehen. Denn Wahlen und Wahlen sind zweierlei. Zwischen zwei Hauptwahlen (Nationalratswahlen) muß richtig programmiert werden: die bitteren Abführtabletten werden in den ersten Zwei-Dritteln einer Regierungsperiode an die Arbeiter und Angestellten verteilt, um das Kapital in Schwung zu halten. Im letzten Drittel (Stichtag ist der 1.1.1975) kommen die "Zuckerln", um die verhärmten Stammwähler wieder "in Stimmung zu bringen". Wenn Kreisky – fast hämisch – der ÖVP sofortige Neuwahlen anbietet, weiß er, was er tut. Die Preise und Steuern, für die er die Denkmäler nach rechts – vor allem in Österreichs Industriezentrum, der Steiermark – erhalten hat, die macht er ja nicht allein. Für die Gesetze, die "preisregulierend" wirken könnten – nichts kann Kreisky weniger brauchen, als solche Gesetze, denn sie wären nutzlos – verweigerte ihm die ÖVP die Stimmen. Eine Nationalratswahl könnte ihn wie einen Phönix aus der Asche emporsteigen lassen. Davor zittert die ÖVP und hat die FPÖ die Hosen voll.

Wahlen sind Qualen. Man kann langsam an ihnen zugrunde gehen. Unsere Aufgabe besteht darin, die Ursachen solcher Qualen festzustellen einerseits, sie zu beseitigen andererseits. Gegen Krankheiten und Beschwerden jeder Art muß man ankämpfen. Ein bißchen Klassenkampf würde da Wunder wirken in diesem Wahlenkrampf.

# Kommunalpolitik

Der berühmte § 7 des Mietengesetzes war seit 1968 ein Hauptpunkt, gegen den sich die Sozialistische Partei immer wandte. Zu Recht, denn betroffen wurden in aller Regel nur Mieter, die ohnehin schlecht gestellt waren, und verbessert wurde außer der Hausfassade kaum was mit dem Geld aus dem § 7. Die wohlhabenden alten Damen mit halben Etagen bezahlen auch heute selten mehr als den Friedenszins. Meistens werden solche Wohnungen überhaupt kaum genutzt. Manchmal wird ein Zimmer vermietet, nicht unter 1000 Schilling. Das ist nicht nur ein Mehrfaches der Gesamtmiete. Auf den Quadratmeter umgelegt bedeutet das z. B. das fünfzigfache des Hauptmietzinses. – Und was macht die Gemeinde Wien? Die SP-Stadtverwaltung hat bekanntgegeben, daß der neuformulierte § 7 – der streckenweise ungünstiger ist als der alte – in Hinkunft auch auf Gemeindebauten angewendet werden wird. Sozialdemokratische Kommunalpolitik! Man braucht bloß daran zu denken, wer in Gemeindebauten wohnt – außer SP-Bonzen, die aber Neubauten bevorzugen.



Seit einiger Zeit hat sich bei der Caritas am Währinger Gürtel ein "Kriseninterventionszentrum" eingemietet. Es ist der Kern des lange schon geplanten "Selbstmordinstitutes", d. h. eines psychiatrischen Zentrums, das Hilfe in akuten Krisenfällen, vor allem auch zur Selbstmordverhütung, geben soll. Es ist interessant, daß derartige Institutionen meist von christlichen Organisationen übernommen bzw. diesen überlassen werden. Wo bleiben die sozialistischen gesellschaftspolitischen Einflüsse? Bisher hat sich die Stadtverwal-

tung mit den reaktionären Ärzten herumgestritten, ohne daß viel geschah. Insbesondere ging es auch um den Sitz. Während die einen das Mariatheresien-Schlößl favorisierten, schien vor einigen Wochen die Entscheidung zugunsten eines Baues in der Festgasse im 17. Bezirk gefallen zu sein. Schien – denn inzwischen ist auch das wieder unsicher. Außerdem gab es interne Streitereien. – Es sollte nicht als Krankenhaus geführt werden. Sofort wurde die Frage aufgeworfen, ob es dann Nachtdienst machen dürfe (!). – Es wäre ein Anfang. Aus der Erfahrung zeigt es sich ja, daß derartige Institutionen sinnvoll nur dezentralisiert, d. h. "um die nächste Ecke", auf Bezirksebene geführt werden können. Die Zick-Zack-Wendungen lassen nichts Gutes hoffen. Dabei ist die medizinische Versorgung, in den Außenbezirken vor allem, katastrophal. Siehe oben.



Man sagt uns seit Jahr und Tag, es gäbe zu viele Ärzte. D. h., die Ärztekammer und die Universitätsprofessoren sagen das. Sehen wir uns einen beliebigen Wiener Gemeindebezirk an, z. B. den 14. (Penzing): von den 52 Stellen für praktische Ärzte (für eine Bevölkerung von 81.000 Köpfen) sind lediglich 35 besetzt, und die meist von älteren Herren. Der Bezirk ist überaltert, so daß die Anstrengungen noch größer sind. Man müßte also meinen, daß Interesse besteht, neue Ärzte in den Bezirk zu bekommen. – Da gibt es jedoch einen Dr. Carl STEFFEN, Medizinprofessor an der Wiener Universität und Hausbesitzer. Ein alter Arzt geht nun aus Gesundheitsgründen in Pension. Er sucht unter erheblichen Anstrengungen einen jungen Nachfol-

ger für seine Praxis in einem Haus besagten Herrn Professors, – Allein in seinem Sprengel fehlen fünf Praktiker. Er findet diesen Nachfolger schließlich auch und will ihm endlich die Ordination übergeben. Der junge Arzt geht zur Hausverwaltung und traut seinen Ohren nicht: Für die 130 Quadratmeter Praxis mit angeschlossenen 2 Wohnräumen (praktische Ärzte sind verpflichtet, zumindest in der Nähe ihrer Praxis zu wohnen), soll er S 5.400, -- bezahlen. Er rennt zum Herrn Professor; aber der meint, er möge sich mit dem Hausverwalter einigen. Der läßt natürlich nicht mit sich handeln. Fazit: Wieder ein Praktiker weniger in einem unterversorgten Gebiet. Und ein Lehrstück, wie man "zuviele" Ärzte verhindert. Die könnten gar noch auf die übersteigerten Honorare drücken: ein äußerst berufschädigendes Verhalten!



Wir haben einige Informationen über die konkrete Wohnsituation von Gastarbeitern. Wir bitten unsere Leser, dazu noch einiges beizutragen, damit wir dies dann gemeinsam veröffentlichen.

Deine  
Lebensversicherung  
durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97 / 98 / 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 14 302

**ORF:**

# Theaterdonner

Der Theaterdonner um den ORF ist vorbei, Bacher ist abgesetzt und die neuen Intendanten sind bestellt. Was der neue ORF vermag, wurde schon nach wenigen Tagen angedeutet: in den Nachrichten wurde Österreichs Inflationsrate mit der Chiles (40%! ) verglichen, um zu zeigen, wie gut doch die Kreisky-Regierung gegenüber der Pinochet-Junta wirtschaftet. Daß wir das Ganze als Theaterdonner bezeichnen, liegt nicht daran, daß wir Verschwörungstheorien huldigen, demzufolge sich Politik in der Absprache von Finsterlingen vollzieht und alle Menschen nur an zwei Fäden hängende Marionetten sind, sondern geschieht deshalb, weil diese ORF-"Reform" fernab jeder Auseinandersetzung sozialer Gruppen als bloßes Intrigantenspiel hinter verschlossenen Türen stattfand. Da wurde von der SPÖ jahrelang die Informationspolitik des ORF kritisiert, doch als Papa Kreisky sich auf den Kabarettisten Bronner als TV-Intendanten versteifte, wurde es auf einmal zur SP-Doktrin, daß das Fernsehen vor allem der Unterhaltung dienen sollte und die Leute gar nicht so viel Information wollten.

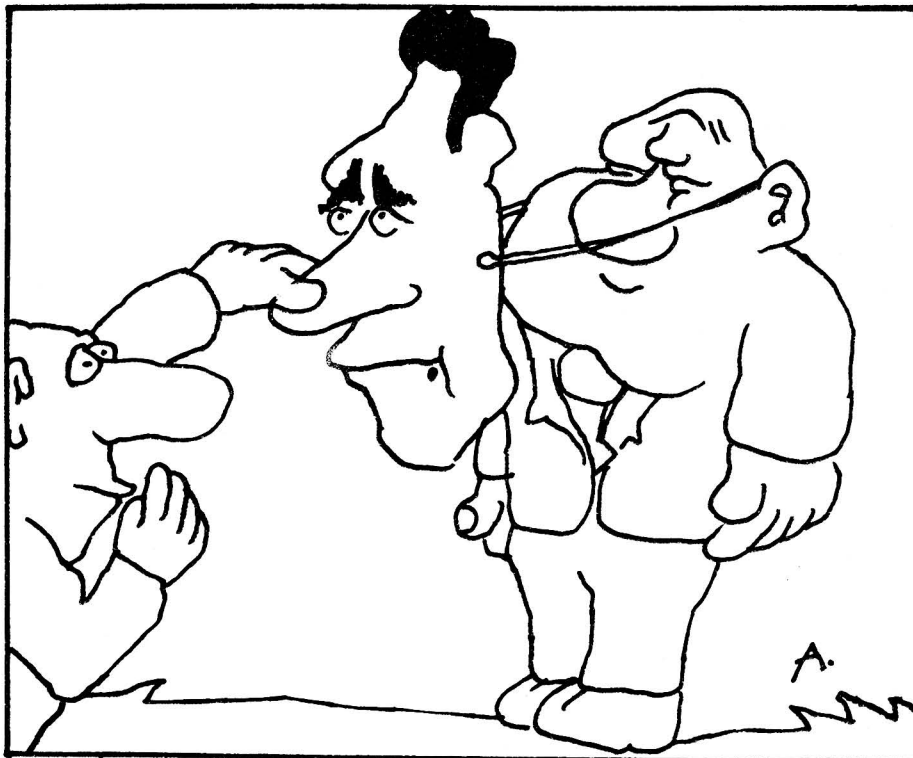
Wenn man sich im Vergleich dazu die Vorgänge in Frankreich ansieht, einem Land mit entwickelteren Klassenkämpfen als Österreich, wird klarer, was mit "Theaterdonner" gemeint war. Dort versuchte die Giscard-Regierung im vorigen Monat eine Reform der Rundfunkanstalt ORTF, die den Einfluß der alten gaullistischen politischen Elite etwas einschränken und gleichzeitig aus dem ORTF ein besseres Instrument der bürgerlichen Propaganda machen sollte. Daneben sollten auch noch einige Tausend Angestellte abgebaut werden. Hier waren die Positionen klar: der Widerstand der französischen Linksparteien gegen dieses Projekt war der Widerstand der französischen Arbeiterschaft gegen die bürgerliche Manipulation, aber auch gegen staatlich sanktionierte Massenentlassung. Aber wer, bitte

schön, verkörpert die Interessen der Arbeiterschaft in der österreichischen Rundfunkdiskussion? Jene etwa, die den Ex-FPÖ-ler In der Maur partout zum Hörfunkintendanten machen wollen, oder jene Betriebsräte, die im Auftrag von Teilen der Belegschaft den Gewerkschaftsfresser Bacher halten wollen?

Verwirrende Fronten, wohin man blickt: da steht Kronen-Zeitungs-Staberl an der Seite der SP-Reformer und erklärt, warum auch er für eine ORF-Reform ist: weil es zuwenig Löwinger und Kulenkampf im Fernsehen gibt, dafür aber zuviel politische Sendungen und Programme für "Progressive." Von der neuen ORF-Führung erwartet er sich Besseres. Da schlägt die SPÖ lauter konservative Leute für die Spitzenpositionen vor, die ÖVP lehnt ab und favorisiert eher den ehemaligen AZ-Chefredakteur Kreuzer... Hierher gehört auch, daß die SP ihre Kritik am ORF nur selten inhaltlich begründete, etwa indem reaktionäre Berichterstattung nachgewiesen und kritisiert worden wäre und ähnliches. Die Hauptkritikpunkte der SP, die sie z. B. in der Parlamentsdebatte vorbrachte, waren: schlechte Geschäftsführung, Fehler in der Programmierung, Freunderlwirtschaft und Korruption, zu aufwendige Neubauten.

Halten wir eines fest: das Ganze spielt sich im Bereich der bürgerlichen Öffentlichkeit ab, wo sich zwei Cliquen mit teilweise verschiedenen Interessen bekriegen (Genauerer siehe dazu 'offensiv links', Sept. 74, S. 8). Eine proletarische Öffentlichkeit, also ein Bereich unverfälschter Kommunikation von Linken, Arbeitern und Angestellten untereinander, gibt es in Österreich kaum: diese und ein paar andere Zeitschriften, allenfalls die "Volksstimme" als Tageszeitung, wobei es da manchmal mit der Unverfälschtheit hapert. Diese Öffentlichkeit weiter auszubauen, ist Aufgabe jener, die eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft anstreben; das jetzige ORF-Kulissengeran-





gel kann man nur beobachtend kommentieren, Partei zu ergreifen ist schwer möglich: sicher ist es gut, daß die Bacher-Clique weg ist, aber ist die Oberhammer-Gruppe auch nur einen Schimmer fortschrittlicher?

Schauen wir uns die einzelnen Leute genauer an: Oberhammer entstammt einer konservativen Tiroler Familie (Vater war geistiger Ziehvater der Südtirolterroristen) und hat dieses Milieu nie so richtig verlassen; Hörfunkintendant In der Maur war einmal VdU-Gemeinderat (VdU war Vorgänger der FPÖ); FS 1-Intendant Weis ist CVer und Ex-ÖVP-Mitglied

und war Bachers rechte Hand; Kreuzer lebt in Feindschaft zur jetzigen SP-Führung. Wer spricht da noch von einem "roten Rundfunk"?

Dieses Personalkonzept hatte die SP-Spitze gegen den Widerstand ihrer eigenen Leute im ORF durchsetzen müssen; aufmüpfige SP-ler wurden von dem Parteivorstand ergebnen Betriebsräten vergattert, aus einer Kuratoriumssitzung wurde berichtet, daß sich die SP-Betriebsräte am Fenster stehend gegenseitig auf den Stimmzettel blickten, damit nur ja keiner gegen Oberhammer stimmen würde. Die SPÖ-Mitglieder im ORF

fühlen sich von ihrer Parteiführung verraten, es gab vereinzelte Protest-resolutionen und Unterschriftenlisten gegen die Vorgangsweise der SP, einen Bacher gegen einen Oberhammer auszutauschen.

In diesem Zusammenhang soll noch auf die diversen "Abstimmungen" eingegangen werden, die im ORF veranstaltet wurden und die mehrheitlich zugunsten der Beibehaltung der alten Garnitur ausgingen. Es stimmten dabei bloß die programmgestaltenden Angestellten ab, also vor allem jene Leute, deren Bachtretreue durch jahrelange Personalpolitik gesichert war; das ganze technische Personal war bei diesen Abstimmungen nicht beteiligt. Außerdem kann man es den Leuten wohl kaum zum Vorwurf machen, wenn sie eine gewisse Sicherheit unter einem reaktionären Bacher einer möglichen Unsicherheit unter einem reaktionären Oberhammer vorziehen.

Die Spekulationen über die weitere Zukunft Bachers und seiner Mannen zeigen, wie eng die personale Verflechtung dieser Leute mit der Rechten ist: Bacher wird von manchen ÖVP-Kreisen als Schleinzer-Nachfolger aufgebaut, sein kaufmännischer Direktor Lenhardt ist schon beim Kurier in der Geschäftsführung gelandet; daß Bacher nicht auch vom Kurier engagiert wurde, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer, die den Kurier besitzen, nicht ihr Ja zu der von Bacher geplanten Propagandaoffensive gegen die Kronen-Zeitung gaben.

## Großbritannien

# Wilson bleibt, ebenso die Krise

### Wahlergebnis

Die Labour Party konnte ihren Stimmenanteil von 37 % bei den letzten Wahlen vor sieben Monaten auf 39% verbessern. Die Konservativen erreichten 36 % und die Liberalen 18 %. Die walisischen und schottischen nationalistischen Parteien, die beide nationale Selbständigkeit von England fordern, und die protestan-

tischen Unionisten Nordirlands teilten sich 7 % der Stimmen. In den Gebieten Großbritanniens, in denen afrikanische und asiatische Gastarbeiter verhältnismäßig stark vertreten sind, konnte die neofaschistische "Nationale Front" mit ihren rassistischen Losungen bis zu 5 % erreichen. Die Kommunisten kandidierten nur in wenigen Wahlkreisen und schnitten auch dort sehr enttäuschend

ab. Zusammen verbuchten diese beiden Parteien im nationalen Schnitt aber weniger als 1 %. Die links von der KP stehenden Gruppen gaben, wenn sie nicht selbst kandidierten, fast ausschließlich Wahlempfehlungen für die Labour Party. Wegen des Mehrheitswahlsystems stellt die Labour Party trotz der 39 % Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament. Der Stimmenanteil war für die La- ▶

bour Party seit 1945 – außer in den Februarwahlen 1974 – noch nie so niedrig. Während der letzten sieben Monate wurde zwar das in der vorhergehenden Legislaturperiode von den Tories erlassene gewerkschaftsfeindliche Gesetz "Industrial Relations Act" wieder aufgehoben, ebenso die 3-Tage-Woche, höhere Nominalloohnerhöhungen als während der Tory-Zeit erkämpft, ein Mietenstop bis Ende des Jahres verfügt, die Grundnahrungsmittelpreise gestützt und die Renten erhöht, aber das half nicht; der Lebensstandard der Briten fiel weiter.

### Ausmaß der Krise

Die Inflationsrate beträgt annähernd 20 %, das sind schon lateinamerikanische Höhen. Das Zahlungsbilanzdefizit wird 1974 die Summe von ca. 150 Milliarden Schilling ausmachen. Bald wird es 1 Million Arbeitslose geben. Von den offiziellen Stellen wird versichert, daß in den nächsten 2 Jahren der Lebensstandard der Lohnabhängigen nicht steigen kann. Tatsächlich fiel er in den letzten 12 Monaten um 4 %. Die protektionistischen Tendenzen im Welthandel betreffen Großbritannien besonders hart. Es ist stark auf Außenhandel angewiesen und besitzt überdies dieses gewaltige Zahlungsbilanzdefizit. Neben diesen Problemen müssen die kapitalistischen Staaten mit den rapiden Rohstoffpreiserhöhungen fertig werden. Die bösen Arbeiter mit ihrer Zerstörungswut, ihrer Faulheit und ihrem Unverständnis für die hohe Politik und Wirtschaft sind natürlich die Schuldigen für diese Krisen. Mit Streikziffern wie in Großbritannien läßt sich keine wachstumsträchtige Industrie aufbauen. Diesen Unsinn bekommen wir ständig von unseren Tintenkulis vorgesetzt. Sie überschätzen die ökonomischen Auswirkungen der Streiks und wollen auch nicht deren Ursachen sehen. In der langen Zeit einer günstigen Wettbewerbssituation verabsäumte es Großbritannien, die Industrie auf den neuesten Stand der Technologie zu bringen.

Jetzt, wo Großbritannien immer mehr sicherer Absatzgebiete verlustig geht und auch eine immer geringere Rolle auf dem Finanzsektor spielt, macht sich dieser Rückstand offen bemerkbar. Die geringe Profitabilität der angelegten Kapitalien in Großbritannien veranlaßt die Unternehmer, die Kapitalien entweder in Niedriglohnländer oder in Länder mit hoher Produktivität zu transferieren. Die Ursachen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen also in der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit der britischen Industrie und in den enormen Kapitaltransfers ins Ausland. Die Ausgaben für die am Rhein stationierten Truppen gehen auch in die Milliarden.

Die Industrien sind wegen ihrer Rückschrittlichkeit nicht konkurrenzfähig, deshalb machen sie geringe Profite und haben daher auch geringen Spielraum für Lohnerhöhungen und Investitionen. Die Arbeiter haben etwas auszubaden, was sie in keiner Weise mitbeeinflussen konnten. Sie sind nicht die Schuldigen, sondern die Opfer einer Entwicklung, in der die kapitalistische Logik sacht.

### Labour Party und Krise

Richtungen, die Aussagen treffen, was man in einer solchen beschissenen Situation anfangen sollte. Die "Keynesianer" sehen die größte Gefahr in einer Stagnation der Wirtschaft. Mit Steuersenkungen, öffentlichen Ausgaben und Investitionsförderungen wollen sie die Wirtschaft wieder in Gang bringen, indem sie die private und öffentliche Nachfrage steigern.

Nach Berechnungen der Ökonomen der "Business School" würde eine bloß 2 1/2 % Steigerung der Wirtschaft die Inflationsrate in ungeahnte Höhen treiben und das Zahlungsbilanzdefizit ebenfalls erhöhen. Die 2. Richtung, die "Monetaristen" erkennen dieses Problem und wollen zuallererst die Inflationsrate senken. Durch Verknappung des Geldangebots zwingen sie die Firmen zu Produktionseinschränkungen und damit zu

steigender Arbeitslosigkeit. Die Sozialdemokratie entschied sich meist für die erstere Variante, während die direkten Vertreter des Kapitals mit der Arbeitslosigkeit spekulieren. Die Labour Party wählte eine Mischung von beiden. Sie schloß mit der Gewerkschaft einen Vertrag ab, den "Sozialkontrakt", was eine ideologische Umschreibung für staatliche Lohn eingefrierung bedeutet. Die Regierung verpflichtet sich, die Preise der lebensnotwendigen Güter zu kontrollieren. Die Gewerkschaften sollten sich demgegenüber in Lohnforderungen äußerst einschränken. Bei einem allgemeinen Fall des Lebensstandards traute sich die Regierung, 2 Unternehmer wegen den von den Arbeitern erkämpften zu hohen (!!) Lohnangeboten zu kritisieren.

Die rapiden Preiserhöhungen, die die Regierung nicht ohne massive Unterstützung durch außerparlamentarische Kämpfe unter Kontrolle bringen kann, werden diesen Vertrag bald gegenstandslos machen.

Wie so oft in der Vergangenheit werden diese ökonomischen Schwierigkeiten von der Regierung als Vorwand genommen werden, die Versprechungen der Wahlperiode, wie Nationalisierungen, Demokratisierung gewisser Bereiche, auf die lange Bank zu schieben. Die einzige Möglichkeit besteht in tiefgreifende antikapitalistischen Strukturreformen, die wiederum nur aus dem Druck der Massenmobilisierung der Arbeiter erwachsen können. Vor beidem schreckt die Labour Party zurück. Wenn in dieser schweren Krise die Arbeiterbewegung nicht das Heft an sich reißt, werden sich die jetzt schon sichtbaren Tendenzen des "starken Staates" verstärkt durchsetzen.



BRD

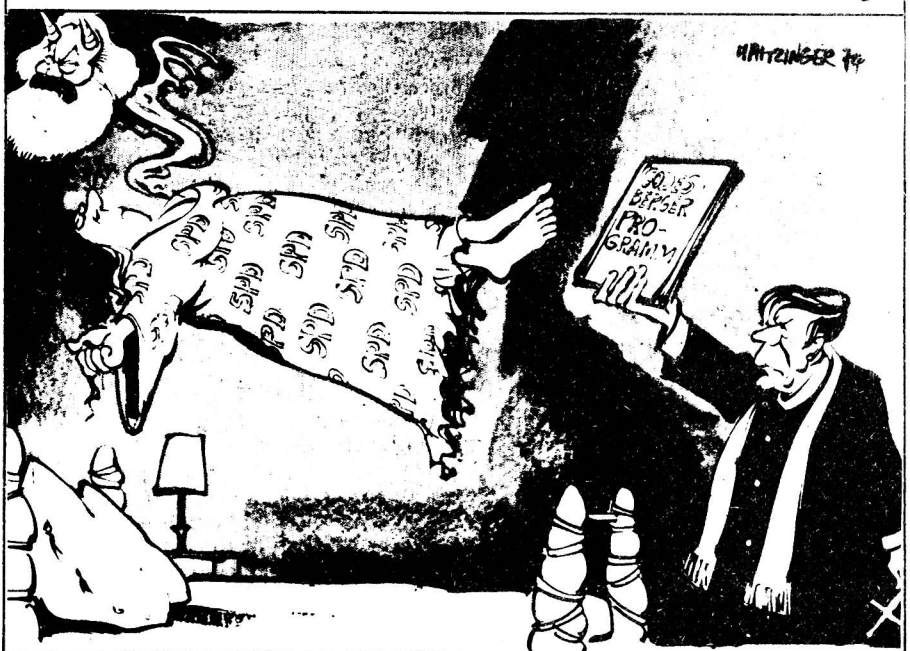
## Wahlen in Hessen und Bayern

Die Wahlen in Bayern und Hessen eine Woche nach dem Wahlsonntag in Vorarlberg, Salzburg und der Steiermark scheinen, oberflächlich gesehen, den Trend in Österreich zu bestätigen. Und obwohl Österreich auf kaltem (ökonomischem) Weg fast schon den Anschluß vollzogen zu haben scheint, sind die politischen Unterschiede und damit die Hintergründe und Ursachen der Wahlergebnisse in der BRD einigermaßen anders gelagert als hierzulande.

In Österreich wird die Politik einer SPÖ verworfen oder bestätigt, die die Alleinregierung stellt. Und die Oppositionsparteien scheinen zuallerletzt davon überzeugt zu sein, daß die Wahlergebnisse auf Gemeinde-, Landes- und AK-Ebene eine klare Auskunft über das Wählerverhalten bei Nationalratswahlen geben können. In Österreich hat die Sozialdemokratie den breiten Spielraum für sich, im Rahmen der Logik der kapitalistischen Entwicklung deren fortschrittlichste Tendenz zu unterstützen und dadurch die dazu rechtens berufenen bürgerlichen Parteien ÖVP und FPÖ auf ihrem ureigensten Aufgabengebiet zu überrunden und zu "entfunktionalisieren". In der BRD kann die SPD - noch dazu in direkter Abhängigkeit von ihrem liberal-bürgerlichen Koalitionspartner, der FDP - lediglich eine Entlastungsfunktion gegenüber den ungeheuer expansiven Monopolen und Konzernen spielen, indem sie die im Rahmen der Sozialpartnerschaft ohnehin kanalisiertes Klassenkämpfe völlig unter Regierungskontrolle bringt und sich damit von den bürgerlichen Parlamentsparteien CDU und CSU in den Augen des Kapitals positiv absetzt: "Wir sind genauso tüchtige Wirtschaftsmanager wie die Bürgerlichen, aber wir besorgen die Geschäfte des Kapitals noch dazu geräuschloser und konfliktärmer ..."

Die SPD kann sich weiters auf außenpolitischem Gebiet auszeichnen und eine Entspannungspolitik betreiben, die ebenfalls im langfristigen Interesse der auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der SU drängenden westdeutschen Monopole liegt. In Österreich steht die Politik der Sozialpartnerschaft im Zeichen dominierender Gewerkschaften der SPÖ; in der BRD ist es das Interesse der mächtigen Monopole, die SPD und über sie die Gewerkschaften für sich einzuspannen und dienstbar zu machen. In Österreich ist daher Vollbeschäftigung das Um und Auf der Kreiskyschen Gesundheitspolitik; in der BRD führen "strukturelle Krisen" automatisch zu Kurzarbeit, Entlassungen, Intensivierung der Arbeit etc. etc. Generell läßt sich also das Phänomen des Protestwählens nach rechts - mangels einer linken Alternative zur SPD - ähnlich wie in Österreich wohl zur Erklärung der Wahlergebnisse heranziehen. Dahinter gibt es aber noch einige andere Faktoren, die man berücksichtigen muß.

Die SPD hat die Spionageaffäre in Bonn, die zum Vorwand genommen wurde, um Brandt gegen Schmidt auszutauschen, die Bestechungsaffären um Wienand - der vom alten Mann der SPD, Wehner, bis zuletzt gedeckt wurde - und die Richtungskämpfe zwischen den "Kanalräumern" (die rechtsten Hinterbänkler der SPD-Fraktion im Parlament) und den Jusos auch durch das schnauzige Auftreten des großen "Machers" Schmidt in der Öffentlichkeit nicht verwischen können. Das angeschlagene Ansehen der SPD wurde in Hessen durch den Skandal um die "Helaba"-Bank noch ärger ramponiert. Dabei sitzen sozialdemokratische Politiker deswegen im Aufsichtsrat dieser viertgrößten Bank in der BRD, weil die Bank zur Hälfte dem Land Hessen gehört, und die Regierungsmitglieder per Verfassung zur Aufsicht delegiert werden. Nach dem Zusammenbruch der Hertha-Bank in Köln sind die Kontrollen verschärft worden, und diese deckten bei Helaba (Hessische Landesbank) ähnliche "unseriöse" spekulative Devisengeschäfte auf, die bei Hertha zum Konkurs geführt hatten. Wenn man für das Kapital die Kanalarbeit macht, darf man sich eben nicht wundern, daß jedesmal, wenn es zum Himmel stinkt, die saubereren Biedermänner anklagend auf die Kanalarbeiter zeigen werden. In Hessen verlor die SPD vier, die FDP drei Sitze



Der Exorzist



# Internationale Nachrichten

an die CDU. Die kleine Koalition nach Bonner Muster kann zwar weitergeführt werden, aber besonders bedenklich im Zusammenhang mit dem Sieg der Strauß-Partei in Bayern ist die Tatsache, daß dieser CDU-Sieg im vormals "roten" Hessen unter dem persönlichen Einsatz des Repräsentanten des rechtsten CDU-Flügels, unter Dregger, erfochten wurde.

In Bayern blieb die CSU des Franz Josef Strauß mit 62,5% aller Stimmen nur um 3,5% unter der mit 66% vorgesehenen verfassungsändernden Mehrheit im Landtag. Hier hat die CSU der SPD sechs, und der FDP zwei Mandate abgenommen und stellt zusätzlich die stärkste Fraktion in den traditionell von der SPD dominierten Großstädten Bayerns: in München, Nürnberg und Augsburg. Gewiß: Franz Josef Strauß forderte diese Bestätigung seiner Person für viel ambitioniertere Pläne von seinen Getreuen in Bayern als eine Verfassungsänderung. Die braucht er nicht, denn mit der Verfassung wird er ohnehin zufrieden sein und er hatte schon vorher die absolute Mehrheit im Landtag. Was ihm vorschwebte, ist die Kanzlerkandidatur, und dafür braucht er ein massives Veto zunächst einmal aus seinem eigenen Wirkungsbereich. Daß ihm komplett erfüllt wurde, was er begehrte, geht auch auf die im Hinblick auf österreichische Verhältnisse alarmierende Haltung der katholischen Bischöfe in Bayern zurück. Ruft man sich die Praxis der Kirche auch in der BRD der letzten Jahre in Erinnerung, kommt dem Hirtenbrief der bayrischen Bischöfe, der von der Kanzel verlesen wurde, im sturkatholischen Bayern die Bedeutung einer direkten Wahlempfehlung für F. J. Strauß zu. Neben der scharfen Verurteilung und Ablehnung der SPD und FDP wegen ihrer Politik in der Abtreibungsfrage kommen darin so hübsche Sätze vor wie: "...lehnen wir die Wiederbelebung eines ideologisch verschärften Klassenkampf-Denkens ab, ebenso das wirklichkeitsfremde Wunschdenken von der unbeschränkten Machbarkeit aller Lebensverhältnisse." Mit anderen Worten, so wie es ist, soll es schön bleiben, jeder auf seinem Platz, Arm bleibt Arm,

Reich bleibt Reich, der liebe Gott macht zwischen Arbeitern und Kapitalisten im Himmel zwar keinen Unterschied, aber auf Erden muß es sie beide geben, den "die Machbarkeit aller Lebensverhältnisse" ist eben beschränkt. Die Schlußfolgerung daraus ist: "Bayern soll in einem gläubig begründeten, wirtschaftlich gesicherten inneren Frieden den Weg in die Zukunft gehen". Amen.

Eine letzte Bemerkung sei noch erlaubt: die DKP ist sowohl in Bayern, als auch in Hessen hinter der NDP zurückgeblieben, mit einmal knapp unter und einmal knapp über einem Prozentsatz der Stimmen. Die Volkstimme berichtet triumphierend über die Verluste der SPD und streicht die Bedeutung der Alternative, eben der DKP, heraus. In Ländern, wo die

Sozialdemokratie traditionell die Arbeiterschaft um sich zu scharen gewußt hat, konnte der Bankrott der reformistischen Politik der SD für Linke nie Anlaß zu Freude, höchstens Anlaß zu Sorge sein. Gingen die Verluste der Sozialdemokraten in der BRD und in Österreich zugunsten der Stärkung der Kommunisten, wäre die Sache eine völlig andere. Aber wo "kommunistische" Parteien mit den Mitteln der DKP und der KPÖ hinter die Stärke von Neofaschistensekten zurückfallen, verkommt selbst ihre vielleicht nicht einmal unwichtige propagandistische Funktion zur Rolle von Maulern und Raunzern, wie man sie in Vorstadtkneipen unter Rentnern allemal antrifft. Sie werden freundlich belächelt und von niemandem ernstgenommen. Eigentlich schade um sie.

## Italien

### „Historischer Kompromiß“

Der 37. Ministerpräsident Italiens seit Kriegsende, Mariano Rumor, trat vor kurzem zurück. Der 38. heißt wahrscheinlich Fanfani. — Unüberwindbare Widersprüche zwischen den Koalitionspartnern (DC, PSDI; PSI) haben die Regierung aus dem Sattel gehoben. Es waren vor allem die Gegensätze zwischen den Sozialisten (DG) und den Sozialdemokraten (PSDI) andererseits. Die Sozialisten wollen Vollbeschäftigung und Entwicklung im Mezzogiorno (Süditalien) und wissen, daß sie dies nur mit Hilfe der KPI erreichen können. Die rechten Christdemokraten — ihr linker Flügel ist weder in der Regierung noch (seit kurzem) in der Parteileitung — und die Sozialdemokraten, die rabiatesten Antikommunisten, wie auch die Republikaner wollen einen Restriktionskurs, wie ihn Notenbankpräsident Carli empfohlen hat, mit kalkulierter (?) Arbeitslosigkeit usw.

Inzwischen marschiert die Wirtschaftskrise. Fiat führt Kurzarbeit ein —

und stößt auf militantesten Widerstand der Metallarbeiter unter der Führung des Linken Bruno Trentin. Die Polizei griff ein, es hat Tote gegeben; genauso wie bei den Räumungen besetzter Häuser in S. Brasilio (Rom). Aber politische Morde der Herrschenden sind in Italien ja gang und gäbe.

"Italienische Zustände": Es ist sinnlos, alles aufzuzählen. Die römischen Krankenhäuser haben angekündigt, sie müßten binnen kurzem schließen, wenn sie nicht finanzielle Hilfe bekämen. Aber inzwischen war ein Milliardenbetrag vom Gesundheitsministerium bereits 3 Monate unterwegs. Doch die römischen, die italienischen Postzustände sind unbeschreiblich: Personalmangel und eine veraltete Verwaltung machen einen geordneten Betrieb unmöglich.

Was für uns die italienischen Erfahrungen wertvoll macht, ist die Demonstration, daß der offensive gewerkschaftliche Kampf, d.h. sogar nur der organisierte Kampf auf der

# Internationale Nachrichten

ökonomischen Ebene, die politischen Kräfte verschieben kann. Arbeiterautonomie, das bedeutet nicht mehr nur reagieren auf Preissteigerungen und Produktionszuwächse, das bedeutet, den Klassenkampf in die eigenen Hände zu nehmen, ihn offensiv zu führen.

Nach den Wahlen im Frühjahr 1972 traten die großen Widersprüche, provoziert von der Bewegung 1968-70, auch auf Parteiebene so stark heraus, daß eine Fortsetzung der bisherigen Koalition mit den Sozialisten unmöglich wurde. Die Christdemokraten, die Liberalen und die Sozialdemokraten bildeten daraufhin eine Rechtskoalition unter Andreotti. Diese Regierung ging bald genug in die Binsen. Die Regionalwahlen im November 1972 brachten diesen Parteien eine schwere Niederlage. Daraufhin schwenkte der "Miniduce" der DC, Fanfani, um: In monatelangen Angriffen wurde die Regierung Andreotti von innen mürbe gemacht. Fanfani ließ sich zum Generalsekretär seiner Partei küren und seinen Paladin Rumor zum Ministerpräsidenten. Die PSI trat wieder in die Regierung ein, und einer ihrer Rechten, Giolitti, übernahm das Wirtschaftsministerium. Er sowie der DC-Mann Colombo und der Republikaner La Malfa ließen sich gerne die "drei Magier" nennen, weil es ihnen drei Monate gelang, eine gewisse Beruhigung zu erzielen. Der Zauber währte kurz. Die Schwierigkeiten nahmen wieder zu, und die KPI glaubte ihre Stunde gekommen.

Seit einem Jahrzehnt hat die KPI das erklärte Ziel einer Regierungsbeteiligung. Dafür schlossen sie auch 1969 die Linksguppe um die Zeitschrift "manifesto" aus. Die wenigen,

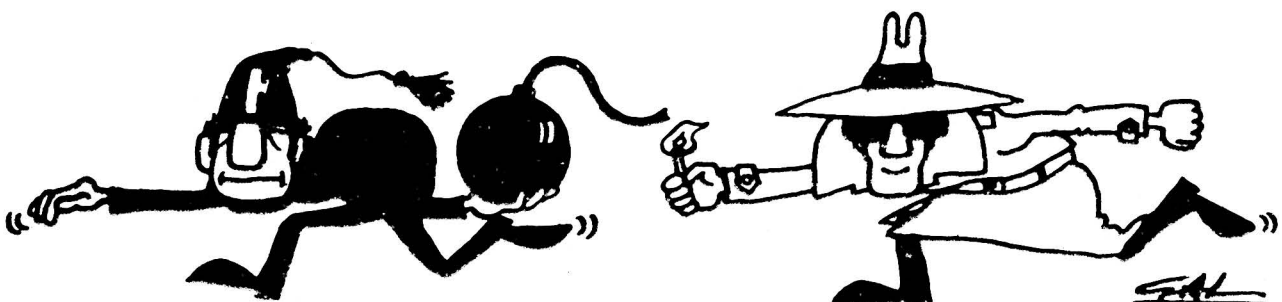
die blieben, wurden mundtot gemacht. Seit damals haben die eindeutig Rechten um Amendola unbestritten das Wort. Bei den Wahlen 1972 waren sie gescheitert. Nun, als es wieder kriselte, kam im vergangenen Herbst der große Vorstoß: der "compromesso storico", der historische Kompromiß, wurde geboren. An der Oberfläche knüpft dieser Begriff an den "historischen Block" Gramscis, eines der Parteigründer, an. Im Wesen sind es völlig verschiedene Konzepte. Gramsci hat mit dem historischen Block Lenins Bündnis Konzepte für westeuropäische Verhältnisse selbständig entwickelt. Der historische Kompromiß dagegen meint schlicht eine Regierungsbeteiligung der KPI unter Führung der Christdemokraten, mit einer Koalitionsvereinbarung. Darin sollen einige überfällige Reformen durchgeführt werden, wofür die KPI für Ruhe im gewerkschaftlichen Bereich sorgen will. Sie will also einige unbedeutende Reformen gegen Sozialpartnerschaft tauschen. Es ist das klassische Verhalten der Sozialdemokratie, was uns die KPI hier vorführt. Und sie hat dafür schon Vorleistungen gemacht: Der Bürgermeister des roten Bologna, Zangheri - dort hat die KPI die absolute Mehrheit - hat für seine Stadt und die Region Emilia-Romagna den Christdemokraten eine Koalition angeboten. Ohne jede Notwendigkeit und gerade rechtzeitig, um die Christen ein wenig über ihre augenblickliche Krise zu trösten.

Nur stieg die DC bisher nicht darauf ein. Zuerst marschierte sie einmal mit Volldampf auf das Scheidungsreferendum los. Es war dies eine Gewalttour Fanfanis. Wozu? Die einen vermuten, er habe damit versucht, die zerstrittene DC zu einigen, da-

mit das Referendum gewinnen und dann als italienischer De Gaulle auftreten. Es läuft das Wort vom "Fanfaschismus". Andere wieder behaupten, er habe die Niederlage geradezu gewollt. Der Hauptverlierer sei die Kirche, und die DC könne sich dadurch ein wenig von ihrem Zangenriff befreien. Jedenfalls ging weder die eine noch die andere Rechnung auf. Die Christlichen in trauter Gemeinsamkeit mit den Faschisten, steckten eine schwere Niederlage ein. Der recht schwache Trost für Fanfani ist, daß er der nächste Ministerpräsident einer Minderheitsregierung sein dürfte.

Die Situation ist gespannt. In Italien ist der alte Faschismus noch eine ernste Kraft. Die amerikanische sechste Flotte kreuzt im Mittelmeer, der amerikanische Botschafter Volpe hat den Christdemokraten bei einem geheimen Treffen erklärt, die USA wünschten eine Rechtsregierung unter Andreotti. Das kam leider gerade an die Öffentlichkeit, während sich der christdemokratische Staatspräsident Leone gerade in den USA weitere gute Ratschläge holte, weswegen er auch keinen sozialistischen Vertreter in der Delegation haben wollte. (Er mußte dann doch einen mitnehmen.) Die Gewerkschaften sind nervös und gespalten. Die traditionellen Parteien wissen nicht wohin: die PSI läßt sich stoßen und ist gespaltener (in Zentristen und Linke) denn je. Die KPI muß vermutlich noch einige Monate auf die Regierungsbeteiligung warten, bis sich die Bürgerlichen an sie als letzte Retterin wenden werden, oder, was unwahrscheinlicher ist, der vielzitierte Putsch der Faschisten findet doch noch statt.

Die Linke hat Einfluß an der Basis, ist relativ stark, aber trotzdem noch



# Internationale Nachrichten

viel zu schwach, um wirklich entscheidend eingreifen zu können. Außerdem ist sie in ein Dutzend sich befehdender Gruppen gespalten. "Manifesto" hat sich jetzt zwar zusammengeschlossen mit einer anderen Kleinpartei und bildet mit ihr die "PdUP per il comunismo" (Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus). Doch haben gerade diese Genossen jahrelang die Organisationsfrage völlig vernachlässigt. Mag dies auch nicht subjektives Versagen gewesen sein: Die Lage ist heute bei weitem nicht mehr so günstig wie etwa vor vier Jahren, als die Bewegung einer entschlossenen Führung bedurft hätte.

## Jugoslawien

### Gerichtsurteil gegen linke Studenten, Drohung gegen „Praxis“

Im Winter 73/74 waren gegen acht marxistische Philosophen, Professoren an der Beograder Universität, Mitarbeiter der "Praxis", wegen ihres Auftretens gegen die Staats- und Parteibürokratie, welche die Arbeiterselbstverwaltung zu einer Farce degradiert, Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Da sich die Studenten der philosophischen Fakultäten Beograd, Zagreb und Ljubljana in Fakultätsversammlungen mit den Professoren solidarisierten und die Universitätsselbstverwaltung entgegen den Anträgen der Staats- und Parteiinstanzen die Professoren in ihren Lehrämtern bestätigte, mußten die Verfahren eingestellt werden.

Die Behörden wollen nun auf Umwegen erreichen, was sie offen nicht durchsetzen konnten. Vor allem legen sie es darauf an, einen Keil zwischen die Professoren (nicht nur jene aus Beograd, sondern alle "Praxis"-Mitarbeiter) und

Wir sollten uns jedenfalls vor allzu viel Optimismus hüten. Die Weltuntergangsberichte der österreichischen Presse über Italien sind nicht sehr begründet. Aber eine wertvolle Erfahrung sollten wir besonders hervorstreichen. Wir sehen hier aus nächster Nähe, wie sich eine sogenannte Kommunistische Partei vor allem auch durch ihre Ausrichtung auf die Sowjetunion (dabei ist die KPI die "unabhängigste" der westlichen KPen!) zu einer Sozialdemokratie entwickelt. Wenn es nach der KPI geht, so wird sie zur Retterin des christlichen Abendlandes in Italien.

die Studenten zu treiben. Sie gehen dabei auf verschiedenen Ebenen vor. In Beograd wird das neue Universitätsgebäude, das für den Unterricht schon dringend benötigt wird, nicht eröffnet. Die Behörden befürchten eine Schlappe für sich, wenn die rehabilitierten Professoren bei der Eröffnungsfeier anwesend sind. Also läßt man die Studenten dunsten und rechnet damit, daß sie der schlechten Bedingungen in den überfüllten Hörsälen müde werden und dann selbst ihre Professoren preisgeben werden. Der Zeitschrift "Praxis" hat man die staatlichen Zuwendungen gestrichen und verlegt sich auf Drohungen für den Fall, daß sie dennoch weiter erscheinen sollte.

Der andere Schlag im Jänner-Februar 74 war direkt gegen die Studenten gerichtet: man verhörte etliche Mitglieder der Redaktionskommission, welche einen Resolutionsentwurf für die Fakultätsversammlungen vorbereitet hatte, und stellte sechs von

ihnen unter Anklage (je zwei aus Beograd, Zagreb und Ljubljana).

Nach der Einstellung des Verfahrens gegen die Beograder Professoren schien es eine Zeitlang, als würde von beiden Seiten eingelenkt werden und als würden daher auch die angeklagten Studenten freigehen. Das Erstgericht verurteilte jedoch jeden der sechs zu je zehn Monaten Gefängnis. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt, die sechs sind vorläufig auf freiem Fuß. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes steht noch aus. (Sie könnte eventuell durch die Solidaritätskampagnen im Ausland beeinflusst werden, welche dann auch auf die beiden schon früher in der gleichen Sache verurteilten Studenten ausgedehnt werden sollte.)

In der Anklageschrift heißt es, die Angeklagten hätten strafbare Handlungen begangen, indem sie "die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Jugoslawien in verzerrter und unwahrer Weise darstellten", indem sie "bestätigen, daß der Schatten der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Krise der 60iger Jahre noch immer auf dem Volke liege und daß die Lage für die Arbeiterklasse aussichtslos sei . . . . Nach ihrer Einschätzung sind die wesentlichen Fragen unserer Gesellschaft noch nicht einmal annähernd gelöst, sind die Kräfte der Gesellschaft in den Händen einer politischen und wirtschaftlichen Elite konzentriert" usw. Demgegenüber wird in der Anklageschrift die Meinung vertreten, eine solche Darstellung sei willkürlich und eine Erfindung, bedeute eine unzulässige Verallgemeinerung einzelner Exzesse, womit man den Eindruck erwecken wolle, es handle sich um einen Zustand, an dem nichts mehr berichtigt werden könne.

Zur Illustration darüber, ob die Version der Studentenresolution oder jene der Anklageschrift richtig ist, sei erwähnt, daß ca. 1,5 Millionen Jugoslawen als Wander-



arbeiter im Ausland sind, wo ihnen infolge des auch dort einsetzenden Konjunkturrückganges der Rückschub nach Jugoslawien droht. Trotzdem gibt es in Jugoslawien selbst noch immer etwa 1,5 Millionen Arbeitslose. Das heißt, daß etwa die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos ist oder zu schlechten Bedingungen im Ausland arbeitet. Bekanntlich setzte sich der Sozialismus wie ihn Marx verstand, als wesentliches Ziel, schon in der ersten Phase die Arbeitslosigkeit abzuschaffen. In Jugoslawien sind seit der sozialistischen Revolution bereits 30 Jahre verstrichen, die in der Aufbauphase überhaupt nicht vorhandene Arbeitslosigkeit setzte erst später ein und wird immer katastrophaler.

Die Autorin des Berichtes war bei ihrer Rückkehr aus Jugoslawien Zeugin, wie an der Grenze in Spielfeld ein österreichischer Grenzbeamter einen jungen jugoslawischen Arbeiter aus dem Zug holte, um ihn in den nächsten Zug in entgegengesetzter Richtung zu verfrachten, weil der Jugoslawe das Arbeitsvisum, um das sein Dienstgeber bereits eingereicht hatte, noch nicht in den Paß eingestempelt hatte. Der Jugoslawe hatte das Arbeitsverhältnis in Österreich erst vor kurzem begonnen, war übers Wochenende nach Hause gefahren und konnte nun nicht mehr an seinen Arbeitsplatz zurück. Dies ist auf die neuesten Vereinbarungen zwischen der ÖGB- und der jugoslawischen Gewerkschaftsspitze zurückzuführen, nach welchen die Arbeitsgenehmigungen schon in Jugoslawien über Vermittlung der jugoslawischen Behörden erteilt werden müssen und nicht an als Touristen nach Österreich einreisende Jugoslawen ausgestellt werden dürfen. Diese Vereinbarung wurde auf Staatsebene bestätigt, der Konjunkturrückgang in Österreich gab zu ihnen Anlaß. Nach Aussagen mehrerer anderer im Zug fahrender Gastarbeiter (die zum Glück die notwendigen Stempel im Paß hatten) bekommen von den

jugoslawischen Vermittlungsstellen die aus dem Ausland angebotenen Arbeitsplätze solche Leute, die bei den Behörden politisch gut angeschrieben sind oder die "schmieren". (Es gibt sogar einen offiziell festgesetzten Tarif für die Vermittlung ins Ausland.)

Da es auch bei uns Befürworter einer höheren Arbeitslosenquote zwecks "Wiederherstellung der Wirtschaftsstabilität" gibt, sollten die Feststellungen der linken jugoslawischen Studenten und der "Praxis"-Theoretiker auch uns Österreichern zu denken geben. Da-

## Frankreich

### Neugruppierung in der Linken

Die allgemeine Entwicklung in Frankreich nach den Wahlen im Frühjahr dieses Jahres standen im Zeichen der knappen Niederlage, die die Linke erhalten hatte. Zwar hatte sich der revolutionäre Teil in der Arbeiterbewegung gestärkt; die Arbeiterbewegung insgesamt aber war mit Mitterrand geschlagen worden.

Die Gewerkschaften hatte diese Niederlage besonders getroffen: Sie sahen besondere Schwierigkeiten, Giscard als "fortschrittlichen" Bürgerlichen von Anfang an anzugreifen und haben mit Durafour, dem französischen Arbeitsminister quasi einen "Waffenstillstand" vereinbart (siehe auch "offensiv links", 5. Juli/August 1974). Dieser Waffenstillstand wurde auch von den Gewerkschaften im wesentlichen eingehalten, sieht man von den Kämpfen im staatlichen Rundfunk und Fernsehen ORTF, von der Besetzung des Luxusdampfers "France" durch die Matrosen und einigen weiteren kleinen Kämpfen, die von besonders kampfstarken Arbeitern und Angestellten durchgeführt wurden, ab.

rüber hinaus sollten sich alle sozialistisch gesinnten Menschen die in der "Praxis" vertretene Auffassung überlegen, daß die sozialistische Revolution nicht stufenweise Fragen des Konsums, der Produktionsverhältnisse und später der Höherentwicklung der Gesellschaft stellen kann, sondern daß eine sozialistische Umwälzung von allem Anfang an die Frage nach dem Dasein eingebaut sein muß, wie dies auch Marx vorsah. Die historische Erfahrung zeigt nämlich, daß die "Praxis"-Theoretiker hierin recht haben.

So galt das besondere Interesse der europäischen Linken den Entwicklungen innerhalb der Arbeiterbewegung selbst. Konkret ging es um mehrere Fragen: Hält das Programme Commun weiterhin die SP und KP in Frankreich zusammen? Welche Veränderungen am Programme Commun ist die KPF bereit, zuzulassen? Wird eine allfällige Erweiterung des Programme Commun stark genug sein, um weitere linke Organisationen zur Mitarbeit zu gewinnen, speziell die Gewerkschaft CFDT und den PSU? Wird schließlich - durch eine kompromißbereite Haltung von F. Mitterrand als Repräsentanten nicht nur der Unité de la Gauche (Linkseinheit), sondern auch als Repräsentant der linkssozialdemokratischen SP - die Linke außerhalb der traditionellen Arbeiterparteien durch eine Integration des linkssozialistischen PSU (Parti Socialiste Unifié, Vereinigte Sozialistische Partei) stark geschwächt werden?

Es ist auch heute noch nicht möglich, Antworten auf alle Fragen zu geben; einige Entscheidungen sind allerdings schon gefallen. ▶

# Internationale Nachrichten

## Die LINKSEINHEIT UND DAS PROGRAMME COMMUN

Zahlreiche Beobachter erwarteten das Auseinanderbrechen der Linkseinheit nach der Niederlage Mitterrands. Tatsächlich hat sich das politische Bündnis von SP und KP vor allem zu Gunsten der SP ausgewirkt. Unter der Führung des Marseiller Bürgermeisters (und rechten Sozialdemokraten) G. Defferre war die Sozialistische Partei ziemlich unbedeutend. Mit der Übernahme der Partei durch Mitterrand hatte sich die SP stark profiliert und an Glaubwürdigkeit gewonnen. Zahlreiche Kader der KPF schlossen sich der SP an. Die KPF verlor ihre dominierende Rolle in der Linken sehr bald.

So kam es nach den Wahlen tatsächlich zu Spannungen zwischen den Bündnispartnern; während unter dem Druck der Linken Mitterrand immer häufiger von einer Neuformulierung des Programme Commun sprach – und damit vor allem die sozialistische Linke außerhalb der SP anlocken wollte, hielt sich die KP streng an jeden Buchstaben des Programme Commun, einmal, weil sie eine weitere Stärkung der SP vermeiden will, zum anderen, weil eine radikalere Fassung der Thesen des Programme Commun etwaige Bündnispartner – "linke" Tendenzen bei den Gaullisten – verschrecken könnte. Insbesondere fürchtet sie die Aufnahme von Thesen zur Arbeiterselbstverwaltung, weil sie der PSU als Vorbedingung für seine Mitarbeit in der Linkseinheit fordert. Es ist nicht anzunehmen, daß die KP in der nächsten Zeit geneigt sein wird, einer Veränderung des Programme Commun zuzustimmen; ebensowenig wird aber die Linkseinheit auseinanderbrechen; als Zweckbündnis zweier gleichstarker bürokratisierter Arbeiterparteien entstanden, erfüllt es auch heute noch seinen Zweck.

## DIE LINKSEINHEIT UND DIE ANDEREN LINKEN GRUPPIERUNGEN

Eine wesentliche Entscheidung für die revolutionäre Linke ist Anfang

Oktober gefallen: Die nationale politische Leitung der PSU, unter ihnen M. Rocard, der Leiter der PSU und "Wahlkampfmanager" von F. Mitterrand, und R. Chapuis, einer der bekanntesten Exponenten, sind am entscheidenden Parteikongreß in Orleans am 5. und 6. Oktober abgewählt worden. Die Mehrheit der nationalen Leitung der PSU hatte schon den Appell Mitterrands an die Linke überbewertet und sich von den "Assises pour le Socialisme" (etwa: Konferenzen für den Sozialismus) eine neue sozialistische Bewegung erwartet, die auf eine Vereinigung der PSU, der SP und der starken, unabhängigen Gewerkschaft CFDT herauslaufen sollten. Zwei Strömungen wandten sich dagegen, die beide der Auffassung waren, daß zwar eine solidarische Strategiedebatte mit der SP und ihren Aktivisten sinnvoll sei, daß aber die Auflösung der Partei im gegenwärtigen Stadium nichts anderes brächte als eine Verstärkung der Sozialdemokratie. Dies könne für eine Partei, deren Ziel die Durchsetzung der Arbeiterselbstverwaltung sei, keine Perspektive bieten: "Die Notwendigkeit einer Partei für den Selbstverwaltungssozialismus liegt auf der Hand; der PSU kann sicher nicht, auf sich allein gestellt und wie er heute aussieht diese Rolle erfüllen, aber man wird nicht vorwärtskommen, wenn man damit anfängt, ihn zu liquidieren", meinte der bekannte LIP-Streikführer Charles Piaget. Der Nationalkongreß der Partei schloß sich dieser Auffassung an: In der provisorischen Leitung des PSU finden wir vor allem Genossen, denen es um die Weiterführung des PSU geht, nicht aus Organisationsegoismus, sondern aus der Überzeugung, daß die Perspektive der Arbeiterselbstverwaltung nicht glaubwürdig von einer sozialdemokratischen Führung vertreten werden kann.

Mit dieser politischen Grundsatzentscheidung wird es dem PSU wahrscheinlich gelingen, wieder verstärkt in sich entfaltende Kämpfe einzugreifen und eine Reihe von Genossen an sich zu ziehen, die vorher gezögert hatten, weil sie an den "organi-

satorischen Wiederaufbau" in der SP nicht glauben konnten. Jedenfalls haben die verschiedenen kleineren Organisationen und die linken Teile der CFDT, die durch die "Bewegung für die Selbstverwaltung" (MAS, mouvement pour l'Autogestion Socialiste) in Verbindung stehen, durch die wiedererlangte Glaubwürdigkeit des PSU einen echten Bezugspunkt. Darüberhinaus werden die "Assises pour le Socialisme", die vom PSU, der SP und einer Reihe unorganisierter Linker veranstaltet werden ohne Zweifel nicht folgenlos bleiben – aber nicht in dem Sinn, wie es sich die vormalige Leitung vorgestellt haben mag.

## DIE ALLGEMEINE POLITISCHE LAGE UND DIE LINKE

Tatsächlich haben die ersten Maßnahmen der Regierung Giscard eine gewisse "Beruhigung" in die politische Szenerie Frankreichs gebracht. Giscard spielt seine Rolle einstweilen noch ganz gut. Abgesehen von vereinzeltten Arbeitskämpfen (die freilich in ihrem Ausmaß in Österreich einen großen Aufschwung der Klassenkämpfe bedeuten würden) gibt es eine zentrale Kampagne, die das Heer betrifft: die revolutionäre Linke hat nach Unruhen in einer Garnison die Arbeit im Heer aufgenommen, sie hat aus der chilenischen Erfahrung gelernt.

Die Arbeitskämpfe im engeren Sinn werden sich sicher bald entwickeln:

Der "Waffenstillstand" zwischen der neuen Regierung und den Gewerkschaften ist ausgelaufen. Die Krise, die heute latent im Weltkapitalismus angelegt ist, wird sich auch auf Frankreich auswirken. Die französische Bourgeoisie – an ihrer Spitze Giscard – werden sich wohl bald offener den Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft bezüglich Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen entgegenstellen, als dies heute der Fall ist. Die Linke ist darauf vorbereitet.

## Chile Miguel Enriquez ist tot

(aus Tribune socialiste, Wochenzeitschrift der Parti Socialiste Unifié No. 631 vom 21.10.1974)

Miguel Enriquez, Begründer und nationaler Leiter des MIR ist am 5.10. im Arbeiterviertel San Miguel in Santiago erschossen worden. In dieser traditionell sozialistischen Hochburg hatte sich der MIR unter Allende am stärksten entwickeln können. Die genauen Umstände seiner Ermordung sind noch unbekannt; andere Genossen sind während der Erschießung gefangen genommen worden und man wird Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Welche Bedeutung hat dieses Ereignis? Einige Tage vor dem Jahrestag der Ermordung von "Che" Guevara bereiteten sich die in der Koordinationsjunta zusammengeschlossenen revolutionären Organisationen (MIR, ERP in Argentinien, MLN Tupamaros in Uruguay und der ELN in Bolivien) darauf vor, einen Gedenktag für "Che" zu veranstalten, der in Lateinamerika nicht als Symbol einer Niederlage, sondern als Hoffnungsschimmer gilt. Nach der Ermordung des General Prats im argentinischen Exil erinnert diese Ermordung auf die bitterste Art an die simple Wahrheit, daß die lateinamerikanische Revolution kein Spiel ist und die imperialistischen Kräfte sehr gut in der Lage sind, den Widerstand zu schwächen. Der Verlust eines so wichtigen Führers des chilenischen Widerstandes trifft nicht nur die antifaschistische Bewegung in Chile, sie trifft die gesamte Linke weltweit.

Daher ist es nicht nur eine internationale Pflicht, sondern auch eine vernünftige Erwägung, der Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß diese neue Greuelthat der Junta nicht das Ende eines "putschistischen Abenteuerums" (foquisme aventuriste) bedeutet, den in Chile niemand mehr vertritt, sondern den Anfang einer neuen Etappe des Widerstandes.

Der MIR hat sich seit seiner Gründung tatsächlich stark verändert: In seiner Anfangszeit (ab etwa 1965, die Red.)

war der MIR Anhänger einer (castrischen) Landguerilla, hat aber im Lauf seiner politischen Arbeit in den Massen und seiner theoretischen Klärungsprozesse die Notwendigkeit der Begründung von breiten Massenbewegungen, (die von einer entsprechenden Arbeit in der Armee begleitet sein müssen,) am Weg zum Sozialismus eingesehen.

In der letzten Zeit konnte sich die gesamte chilenische Linke erneut verstärken und den Stamm ihrer Aktivisten vergrößern. Die katastrophale Politik, die in kürzester Zeit die chilenische Ökonomie auf den Hund gebracht hat, hat die Voraussetzungen für eine neue, aktivere Phase der Widerstandsbewegung geschaffen; allerdings gibt es eine recht fundamentale Diskussion innerhalb des Widerstandes: der MIR und die MAPU fordern die Initiative der Basis, der einzelnen Kampfkomitees, die die elementaren Kerne einer antifaschistischen Front bilden sollten

(dies würde eine Verstärkung der revolutionären Positionen in dieser Einheitsfront bedeuten); sie widersetzen sich einer Einheitsfront, die bloß durch Spitzengespräche gebildet würde, in der die gegen die Guerilla eingestellten bürgerlichen Gruppen zusammen mit den reformistischen Teilen der ehemaligen UP die politische Szenerie an dem Tag dominieren würde, wo die Junta (unter dem Druck des Widerstandes) und durch ihre eigenen Widersprüche zu Fall kommt.

Diese Debatte entwickelt sich momentan. Sie läuft parallel mit einer anderen Diskussion, zwischen Anhängern eines Übergangs zum Sozialismus durch eine demokratische Konsolidierungsphase, durch eine Phase also, in der sich die klassische bürgerlich-parlamentarische Demokratie festigen soll und Anhängern eines sofortigen Übergangs zum Sozialismus nach dem Sturz der Junta. Die Frage des bewaffneten Widerstandes hingegen ist nicht so vorrangig, wie sie von gewissen europäischen Linken hingestellt wird: Gegenüber einer Militärjunta, die so stark vom US-Imperialismus unterstützt wird, glaubt kein Mensch heute in Chile, daß sie ohne die eine oder andere Form der bewaffneten Aktion gestürzt werden





# Internationale Nachrichten

könnten. Nur rechnet die KP Chiles mit einem Aufstand des fortschrittlichen Teiles der Armee auf der Basis eines breiten Bündnisses mit den Christdemokraten, das freilich teuer erkauft werden müßte. General Prats hatte in diesem Konzept eine wesentliche Rolle zu spielen. Die revolutionären Kräfte – die auch breite Teile der SP Chiles miteinschließen – sind ihrerseits der Auffassung, daß zwar die Spaltung der Armee eine notwendige Voraussetzung für den Sturz der Junta ist, daß aber nur dann der sozialistische Gehalt der Revolution durchgesetzt werden kann, wenn eine der wichtigsten Komponenten im Sturz der Junta (neben der Armee) der breite Aufstand der Widerstandsbewegung ist. In diesem Kontext schlägt der MIR seit einiger Zeit den anderen Organisationen des Widerstandes vor, bewaffnete Propagandaaktionen durchzuführen.

Der Mord an Miguel Enriquez zeigt, daß dieser Vorschlag schon weit gediehen war. Ob dieser Anschlag nur zufällig geglückt ist, durch Denunziation oder das Resultat der kontinuier-

lichen Betätigung des amerikanischen Geheimdienstes CIA und ihrer Freunde im chilenischen Nachrichtendienst der Armee, das ändert nicht an der Tatsache, daß diese Linie einen schweren Schlag erlitten hat. Aber sie wird nicht verschwinden, weil sie nicht auf einem einzigen beruhte, noch ausschließlich vom MIR getragen wurde; sie geht über den MIR hinaus.

Ohne uns in die Debatten unserer chilenischen Genossen einzumischen, grüßen wir – wie es unsere Pflicht ist – Miguel Enriquez als einen konsequenten Revolutionär, der im Kampf gefallen ist und wir müssen hier wieder betonen, daß unsere aktive Solidarität mit dem chilenischen Widerstand Teil unseres Kampfes gegen die Reaktion und speziell gegen den Militarismus ist, der sich überall dort einzuschalten versucht, wo die revolutionäre Bewegung den Übergang zum Sozialismus auf die Tagesordnung setzt.

(Übersetzt aus dem Französischen und leicht gekürzt)

einigen Teilen eine Bauernfeindschaft unverkennbar aus, die nicht notwendig dazugehört.

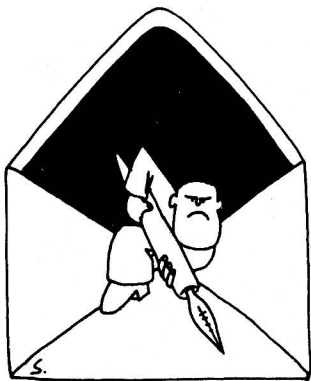
Die Feststellungen, daß die Kleinbauern "wirtschaftlich zum Untergang verurteilt" sind und daß für die SPÖ "bei den Bauern nichts zu holen" ist, sind unter den gegebenen Bedingungen sachlich richtig. Muß man aber nach vortrefflicher Analyse der bäuerlichen Struktur zu dem Schluß gelangen, daß "gerade diese Schicht einer der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, offen für faschistische Einflüsse" ist und "selbst einfachen Formen der Kooperation mit ihrem Eigentumsdenken feindlich gegenübersteht", um schließlich zu rügen: "und trotzdem war die Agrarpolitik seit Kriegsende darauf ausgerichtet, diese Schicht zu erhalten. Und die SPÖ institutionalisiert einen Staatssekretär für Bauernfragen und verpulvert weiterhin Millionen...?"

Es handelt sich immerhin um Hunderttausende lebende Menschen, die auch in einer sozialistischen Gesellschaft Anspruch auf gesicherte Existenz, Wohnung, Kleidung, Nahrung, Kultur usw. haben – andernfalls es keine sozialistische Gesellschaft wäre.

Es geht nicht darum, Tatsachen abzuleugnen oder den Wunschvorstellungen gewaltsam anzupassen, sondern sie in ihrem Zusammenhang und in ihren Ursachen zu erkennen.

Es ist wahr, daß die Kleinbauern "selbst einfachen Formen der Kooperation mit ihrer Eigentumsideologie feindlich gegenüberstehen". Doch übersehen wir nicht die Molkerei-, Winzer-, landwirtschaftlichen Pro-

## Leserbriefe ... Leserbriefe ... Leserbriefe ..



Die FÖJ bekennt sich zum "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" (eigentlich ein Pläonasmus, weil Sozialismus nicht inhuman und Unmenschlichkeit nicht sozialistisch sein kann, geprägt zur Unterscheidung von jenen, die in jeder erfolgreichen Bewegung auftauchen, durch Übereifer und Brutalität Gesinnung vortauschen und daran die eigene Suppe kochen)!

Nicht als Besserwisser oder um den Erfahrenen hervorzukehren, schreibe ich Euch jetzt, sondern um Euren Blick

auf die Möglichkeit einer Fehlentwicklung, die zumindest mir als eine solche erscheint, zu lenken.

Der Artikel "Tausche Marktordnung gegen Preisgesetz" behandelt vornehmlich die Rolle dieser Gesetze als Schacherobjekte zwischen Regierung und Opposition, drückt aber in

## Galerie Austerlitz

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 – Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14–19 Uhr, Samstag 10–13 Uhr

6. November 1974 bis 31. Dezember 1974

EROS IM BILD

Malerei, Graphik, Plastiken von:

Erhard BAIL, Ferenc BORSODI, Eduard DIEM, Bill SLATTERY, Ernst ZDRAHAL

"IMPULSE" Zeitschrift für Literatur und Kunst  
in der Galerie erhältlich.

## Leserbriefe ... Leserbriefe ... Leserbriefe ... Leserbriefe ...

duktionsgenossenschaften, Lagerhausgenossenschaften, um nur einige zu nennen, die für die Kleinen nur deswegen unattraktiv sind und keinen Ausweg bieten, weil darin die Großen nach ihren Gesichtspunkten schalten und walten.

Selbst wenn wir annehmen, daß die Kleinen durch Kampf bessere Bedingungen, etwa nach Betriebsgröße gestaffelte Preise - je kleiner der Betrieb, desto höher der Preis für das Produkt - oder Umkehrung der Subventionierungspraxis, erreichen könnten, würden die Großen zunächst die Agrarversorgung zusammenbrechen lassen. Isoliert können die Kleinen kaum etwas erreichen, denn die Großen sind ein Teil der "Wirtschaft", die stets in Not ist, aus der ihr ununterbrochen nur mit Milliardensubventionen und anderen Privilegien geholfen wird. Nicht die in Not Befindlichen, erhalten Hilfe (das wäre Fehlinvestition), sondern die großen Haie, damit sie beim Verspeisen der Kleinen nicht Verdauungsbeschwerden bekommen. Je mehr sie kriegen, desto lauter schreien sie über die Not der "Wirtschaft", weil beim Essen der Appetit wächst.

Daß "gerade diese Schicht" (die Kleinbauern) "einer der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, offen für faschistische Einflüsse" ist, liegt wohl daran, daß andere Einflüsse kaum in die Abgeschiedenheit der Einsichtshöfe dringen. Sie lesen außer dem Bauernkalender und der Bauernbundzeitung kaum etwas, hören Radio und sehn gelegentlich fern, besuchen Wirtshaus und Kirche - wo soll da ein anderer Einfluß herkommen?

Die "Umschulung - die durchaus auch im kapitalistischen Interesse läge" (erscheint sie deswegen realistisch?) ist die einzige Alternative, die der Artikel für die Kleinbauern anbietet. Kann sie mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sein? Wie viele umgeschulte Kleinbauern vermag die Industrie, selbst bei weiterem Wirtschaftswachstum, aufzunehmen?

Eine andere Möglichkeit ist in dem tatsächlich schon vorhandenen, allerdings krisenanfälligen Trend zum Be-

herbergungsbetrieb zu finden, der allerdings Investitionen für sanitäre Anlagen und Einrichtungen erfordert. Aber auch die Umschulung müßte mit dem Ausbau des Pendlerverkehrs verbunden sein.

In der Arbeiterschaft herrschen tatsächlich Ressentiments gegen die Bauern, weil sich Teile der Bauernschaft während der 1. Republik zum Kampf gegen den "Revolutionären Schutt" (Sozialgesetzgebung) einspannen ließen. Soll nun der Passus "Und trotzdem war die Agrarpolitik seit Kriegsende darauf ausgerichtet, diese Schicht zu erhalten. Und die SPÖ institutionalisiert einen Staatssekretär für Bergbauernfragen und verpulvert weiterhin Millionen..." die Revanche dafür sein? Offenbar erwarten wir von den Bauern höhere Einsicht in unsere Angelegenheiten, als wir selbst für ihre aufzubringen bereit sind. Ist etwa die Arbeiterschaft am wirtschaftlichen Untergang der Kleinbauern interessiert? Sind es nicht vielmehr die großen Haie die sie auffressen wie sie vor ihnen zu Hunderttausenden Handwerker, Gewerbetreibende, Greißler usw. ruinierten? Sind die Kleinbauern die Klassegegner?

Warum sollen wir uns ihrer Vernichtung freuen, uns fortschrittlich dünken, weil wir ihre Katastrophe voraussehen können, und rüffeln, wer ihren Untergang erträglicher macht?

Gewiß trägt religiöse Intoleranz gegenüber Andersdenkenden zur gegenseitigen Verständnislosigkeit bei - der Ver-

achtung mittelalterlicher Denkweise einerseits entspricht die Verteufelung des materialistischen Weltbildes andererseits: beides mündet in Mißachtung des Menschen in Vertretern der jeweiligen Denkungsart und bietet durch gegenseitiges Ausspielen den Großen Gelegenheit, die lachenden Dritten zu sein. Großproduktion ist rationeller als Kleinproduktion. Vermutlich lassen sich unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen auch für die Kleinbauern Wege finden, rationeller zu wirtschaften.

Zwischen den existenzbedrohten Kleinbauern und der Arbeiterschaft besteht eindeutig kein Ausbeutungsverhältnis, gibt es keine unüberbrückbaren Gegensätze. Der Unterschied, daß Arbeiter keine, Kleinbauern spärlich Produktionsmittel besitzen, trug bei letzteren zur Entwicklung einer unberechtigt intensiven Eigentumsideologie, zur Furcht, dieses Eigentum zu verlieren, bei. Diese Angst wurde nach dem Ersten Weltkrieg von der Reaktion geschürt, als die Volkswehr, um den Hunger in den Städten zu mildern, bei Bauern Lebensmittel requirierte. Der Mann mit der roten Fahne, den haben sie leibhaftig gesehen, als er die Kuh aus dem Stall trieb. Das blieb im Gedächtnis haften, und die dumpfe Angst, die Roten könnten alles wegnehmen, wird weitergeschürt. Der große Konkurrent aber, der die Kleinbauern en masse ruiniert, bleibt anonym, unsichtbar, unangreifbar. Er gewährt

## Bestellkarte

ICH ABONNIERE "OFFENSIV LINKS" FÜR EIN JAHR

NAME .....

ADRESSE .....

PREIS: INLAND S 50,--  
AUSLAND S 50,-- UND PORTO

BITTE AUSSCHNEIDEN UND AN

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 SCHICKEN.



womöglich freundlich Kredite, um sie ganz in die Hand zu bekommen, alles geht seinen rechten Weg, denn Eigentümer ist Eigentum, alles bleibt undurchsichtig.

Außerdem weckte die Bourgeoisie, die freie Arbeitskräfte brauchte, in der Bauernschaft durch die Aufhebung der Leibeigenschaft und Bodenreform Gefühle einer Vasallentreue, die sie jetzt im Verein mit ihrer Eigentumsideologie zum willenlosen Opfer der Haie werden läßt. Wem also nützt die Aufrechterhaltung der Feindschaft zwischen Arbeitern und Bauern? Müs-sen wir noch Öl ins Feuer gießen? Können wir nicht wenigstens ihre Neutralität zu erreichen versuchen, wenn wir sie schon nicht als Verbündete gewinnen können?

Es ist für die Kleinbauern tragisch, daß sie ihre Lage nicht erkennen können. Sie bedürften als Schutzengel der führenden Hand, der führenden Rolle der Arbeiterklasse – wie Marx

Zuerst: Was wir ganz sicher nicht sind, ist bauernfeindlich. Wenn der Artikel diesen Eindruck erweckte, so bedauern wir das. Und noch was, wir müssen kurz und lesbar bleiben und können deswegen nicht immer so genau sein, wie wir es uns selbst wünschten. – Aber Du hast eine Reihe von Überlegungen gebracht, und wir möchten zumindest zu einigen Stellung nehmen.

Wir wollten bewußt keine Lösung anbieten. Dazu bedürfte es mehr als nur eines Artikels. Und Du kennst unsere Grenzen! Nehmen wir z. B. die Genossenschaften. Gegründet als Selbsthilfeorganisationen, sind sie heute im Grund gewöhnliche Kaufleute. Und doch liegt in der Genossenschaft meines Erachtens der Kern, aus dem eine kleinbäuerliche

sie verstand. Gerade hier aber liegt es im argen. Da wird Arbeiterklasse begrifflich mit Parteien verwechselt, die sich um die führende Rolle raufen statt sie sich zu erwerben und sie zu verdienen. Parteipatriotismus überwuchert das Klassenbewußtsein. Gäbe es eine einige Arbeiterklasse, wäre aller Streit um Gewalt, Modell, Freiheit usw. überflüssig, schlimmstenfalls divergierende Meinung, über die man sich beraten kann, es bedürfte nicht einmal der berühmten nassen Fetzen, um den Kapitalismus aus den Angeln zu heben, und auch die Mittelschichten könnten klar die Kraft erkennen, mit deren Hilfe sie ihre Probleme zu lösen vermögen.

Die Querelen um die führende Rolle innerhalb der Arbeiterschaft sind nicht zuletzt Kämpfe um die Macht oder Vormacht, in denen Großmächte mitmischen. Dazu wird aus den Erkenntnissen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus eine Heilige

Organisation mit Überlebenschancen entsteht – auch heute schon. Aber diese Genossenschaft wird dann eine Produktionsgenossenschaft sein. Ansätze dazu sind etwa die Maschinenringe, welche bereits eine Koordination (heute schon) der Arbeit erforderlich machen. Gerade deswegen wehren sich so viele dagegen. – Aber dann bleibt und wächst sogar das Problem der landwirtschaftlichen Überschußproduktion. Und für den Agrarmarkt gelten unter unseren Umständen andere wirtschaftliche Gesetze: Sinkt der Preis eines Produktes beim Unternehmer, wird er seine Produktion einschränken. Sinkt der Preis eines landwirtschaftlichen Produktes, so weitet der Bauer seine Produktion aus, um zumindest seinen bisherigen bescheidenen Stan-

Schrift gemacht, eine Wissenschaft zur Entlarvung von Ketzern, Verrätern, Renegaten, ...isten, zur Diffamierung, Verleumdung, wo es angeht zur Vernichtung. Dieser Hader innerhalb der Arbeiterschaft wird in der Masse nicht verstanden, wirkt abstoßend, mündet in Sektierertum und Ohnmacht. Solange er anhält, ist die Arbeiterschaft – die einzige Klasse, die niemand mehr unter sich findet, den sie ausbeuten könnte – nicht fähig, ihre historische Aufgabe, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu errichten, zu bewältigen. Mit dem Untergang der Kleinbauernschaft wird die Arbeiterklasse einen potentiellen Verbündeten verlieren und dies noch mit vielen Opfern büßen.

Sollte das Problem der Mittelschicht, der Verbündeten, nicht doch noch einmal überlegt werden?

Otto Dorfer

dard halten zu können. Die Arbeiterschaft ist nicht am Untergang der Kleinbauern interessiert. Aber sie ist interessiert daran, nicht Feinden gegenüber zu stehen, und sie ist direkt interessiert, daß nicht durch künstlich hochgehaltene Preise lebenswichtiger Güter ihre eigene Lage verschlechtert wird. Und das geht nur, wenn sie diese Klasse von Individualproduzenten in (z. B.) genossenschaftliche und dadurch billigere Produzenten verwandelt. Und was die "anderen" Einflüsse betrifft: Kannst Du uns verraten, wer die heute(!) ausüben soll? Weißt Du, was die Bauern über die SP-Regierung – die ihnen trotz allem leichte Verbesserungen brachte – sagen? Und welche Rolle spielen bei diesen "anderen" Einflüssen wir, die Linken!

Es ist nicht nur persönliches Unvermögen; das alles ergibt sich vor allem aus unserer gesellschaftlichen Struktur, welche gerade die untersten Klassen gegeneinander ausspielt. Was das Problem der Mittelschichten betrifft, so sind wir unbedingt Deiner Meinung, daß wir dies noch sehr genau überlegen müssen. Zum Schluß eine persönliche Bemerkung (sie ist mir ein Anliegen!): Ich selbst komme aus kleinbäuerlichen Verhältnissen und kenne sie deswegen nicht nur aus der Statistik.

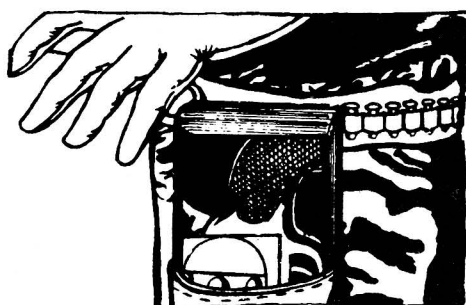
**HEINZ KOLISCH**

**LIEBIGASSE 9**

**43 32 21**

**1010 WIEN**

**BOOK POWER**



# Ist der Tschusch immer der Teschek?

## a) Das Phänomen:

Einer Reihe von ausländischen Kollegen (Türken, Perser, Griechen) wurde der Zugang zu etwa 20 Studienrichtungen verweigert. "Begründung" der Universitätsbürokratie und des Wissenschaftsministeriums (in einer gemeinsamen Erklärung, die erstmals seit Bestehen der "ehrwürdigen" Alma Mater ( zu Deutsch etwa: erlauchte Mutter = heiliger Universitätsboden) vor deren Toren verteilt wurde): Trotz der geradezu väterlichen Ausländerpolitik, die Österreich schon immer geführt habe, sei es jetzt nötig geworden, für einige ausländische Kollegen den Zugang zu einigen Studienrichtungen zu sperren, um den lieben Landeskindern weiterhin den Zugang ohne "Steuerungsmaßnahmen" via Numerus Clausus zu ermöglichen.

## b) Die dahinterliegende prosaische Wahrheit: Die kapitalistische Bildungsmisere.

Dahinter steckt, daß im Zuge der wachsenden internationalen Konkurrenz das nationale Kapital immer stärker am bedeutendsten Faktor interessiert ist, der ihm seine Stellung am Weltmarkt bestimmt: Am Stand der Technologie und damit am Stand der Wissenschaft überhaupt. Die Universität, als Institution bestimmt, an der die für die wissenschaftliche Betätigung nötige Ausbildung gelehrt wird, gerät damit in einen schweren Widerspruch. In den Widerspruch nämlich, einerseits wissenschaftliche Intelligenz zu produzieren, die den Ansprüchen des Kapitals gerecht wird, Produktionsbedingungen herzustellen, die dem nationalen Kapital möglichst gute Ausgangspositionen in der internationalen Konkurrenz zu sichern, andererseits diese Intelligenz möglichst billig herzustellen, um den Kapitalisten möglichst viel Kapital für Investitionen übrigzulassen. Dieser Widerspruch ist insoweit nicht aufhebbar, als Bildung im Kapitalismus nicht planbar ist, weil das Prinzip der Planung fundamental dem Prinzip der "freien Marktwirtschaft" in all ihren Spielarten ("soziale Marktwirtschaft") widerspricht.

## Was bedeutet der Numerus Clausus?

Halten wir uns kurz. Zunächst mag es uns scheinen, als wären Zulassungsbeschränkungen durchaus vernünftig. Gibt es nicht objektive Grenzen für die Aufnahme von Studenten, die durch die Kapazität der Universitäten gesetzt sind? Können die Universitäten beliebig viele Studenten aufnehmen?

Wie fadenscheinig die Argumente der Universitätsbürokratie sind, die versuchen, sich auf "Sachzwänge" auszureden, hat sich jüngst in der BRD gezeigt, wo schon seit Jahren ein offener Numerus Clausus herrscht: Auch dort haben sich Ministerial- und Hochschulbürokraten auf den Studienplatzmangel ausgedredet. Anfangs Oktober wurde durch "Indiskretion", wie es die Bourgeoisie in ihrem diskreten Charme nennt, eine Studie des baden-württembergischen Kulturministeriums bekannt, in der nachgewiesen wurde, daß eine Reihe von Numerus-Clausus-Fächern nur zu knapp mehr als 50% belegt sind. Spätestens hier wird klar, daß die Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen nichts anderes sind als das brutalste Mittel, die Misere der kapitalistischen Bildungspolitik auf dem Rücken der Betroffenen selbst abzuwälzen; ganz abgesehen davon, daß fortschrittliche Menschen stets für das Recht aller auf die von ihnen gewünschte Ausbildung kämpfen werden, unabhängig davon, ob die vorhandenen Kapazitäten ausreichen oder aufgestockt werden müssen.

## Der Numerus Clausus gegen die ausländischen Kollegen

In Österreich gibt es bisher noch keinen offenen Numerus Clausus. Abgesehen von einer Reihe versteckter Maßnahmen (Sozialer Numerus Clausus = geringe Durchlässigkeit des jetzigen Bildungswesens für Arbeiterkinder; Verschärfung der Zwischenprüfungen mit vorher bestimmter Durchfallquote; Beschränkte Teilnehmerzahl für eine Reihe von Lehrveranstaltungen) hat die Universitäts-

bürokratie heuer die erste nahezu offene Numerus-Clausus-Maßnahme gesetzt: Für zehn Fachrichtungen werden keine Türken, Perser und Griechen mehr aufgenommen. Dieser Zulassungsstopp wird allerdings vornehmer ausgedrückt: Es werden Bestimmungen für die Ausländer getroffen, die etwa darauf hinauslaufen, daß alle diejenigen Türken, Perser und Griechen in Österreich studieren dürfen, die Zwitter sind, grüne Haare haben und nicht über 1 Meter groß sind.

Warum die Ausländer die ersten Opfer sind, liegt auf der Hand: Die Universitätsbürokratie versucht, die Studenten zu spalten, um ja nur keinen einheitlichen Widerstand gegen ihre Maßnahmen aufkommen zu lassen. Man versucht, die Inländer gegen die Ausländer auszuspielen, ein Manöver, dem ja auch mit schöner Regelmäßigkeit bei Krisenfällen höchste Gewerkschaftsfunktionäre aufsitzen sollen. ...

Die fortschrittlichen Studenten haben sich denn auch gegen diese Maßnahmen der Hochschulbürokratie zur Wehr gesetzt. Alle linken Hochschulorganisationen, darunter selbstverständlich auch die Hochschulgruppe der föj-Bewegung für Sozialismus, beschlossen eine Reihe von Kampfmaßnahmen.

## Die Kampfmaßnahmen der Aktions-einheit gegen den Numerus Clausus für ausländische Studenten

Man versuchte von Anfang an, eine möglichst breite Bewegung gegen die Maßnahmen der Uni-Bürokratie einzuleiten. An den einzelnen Instituten oder Fakultäten bildeten sich Kampfkomitees, die innerhalb einer Woche 5.000 Unterschriften gegen den Numerus Clausus für Ausländer sammelten. Die Kampagne richtete sich gegen den Zulassungsstopp für ausländische Studenten, gegen die Bestimmungen im AHStG, die diese Diskriminierungen zulassen und schließlich für die volle rechtliche Gleichstellung aller In- und Ausländer.

Nach dieser Unterschriftensammlung wurde eine Kundgebung mit etwa 800 Studenten vor dem Rektorat veranstaltet. Der Rektor der Wiener Universität, Korninger und die gleichfalls anwesende Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Firnberg ▶



1020 Wien, Odeongasse 1  
(Ecke Große Mohreng.)  
jeden Freitag und Samstag  
ab 19 Uhr geöffnet



wurden aufgefordert, zu den Forderungen der Studenten Stellung zu nehmen. Beide verweigerten dies in höchst zynischer Art (etwa Firnberg: "Ich spreche nicht vor einem brüllenden Haufen") und forderten die Studenten auf, eine Delegation zu wählen, die ihre Wünsche vortragen dürften. Dies verweigerten die Studenten nun ihrerseits, weil sie schon im Vorjahr die bittere Erfahrung gemacht hatten, daß Zusagen im "kleineren Kreis" höheren Orts offensichtlich als unverbindlich betrachtet werden: So wurden etwa die Zusagen, die beim Streik im Vorstudienlehrgang gemacht wurden (offensiv links Nr. 2) bis heute größtenteils noch nicht eingehalten.

Die Studenten sahen sich daher gezwungen, das Auditorium Maximum zu besetzen, um dort über weitere Maßnahmen zu beraten und Firnberg und Korninger zu öffentlichen Rechenschaft aufzufordern. Korninger erschien tatsächlich, lehnte aber die Forderungen der Studenten rundwegs ab und verließ schnurstracks den Hörsaal, als er beim Lügen ertappt wurde. In einem Brief hatte er den ÖH-Vorsitzenden ursprünglich wissen lassen, daß alle Ausländer heuer noch aufgenommen werden; daß dies nicht der Fall war, war ja gerade der Grund dieser Kampagne. Als ihm der Brief präsentiert wurde, ging er.

Daraufhin beschlossen die im Audi Max versammelten Studenten (etwa

800), am nächsten Tag zum Ministerium für die Forderungen zu demonstrieren und bis dahin das Audi Max besetzt zu halten. Mit der Demonstration wurden die Kampfmaßnahmen vorläufig abgeschlossen: Einerseits begann sich eine gewisse Müdigkeit der Aktivisten nach der etwa einmonatigen Kampagne breit-zumachen, andererseits begannen sich erste Erfolge abzuzeichnen; so erklärte etwa Firnberg im Rundfunk, daß alle ausländischen Kollegen zu den alten Bedingungen aufgenommen würden. Damit wäre ein Teilziel der Kampagne erreicht worden. Ob diese Aufnahme aber wirklich gesichert ist, war zu Redaktionsschluß noch nicht abzusehen. Sie wäre ein guter Beweis für die Notwendigkeit einer breiten Aktionseinheit aller linker Gruppen unter Zurückstellung ihrer organisations-egoistischen Interessen.

#### Die Rolle der offiziellen Studentenvertretung "Österreichische Hochschülerschaft"

In Österreich sind die Studenten – im Unterschied zur BRD oder Frankreich – in ihrer überwiegenden Mehrheit nach wie vor konservativ bis offen reaktionär. Durch nichts wird dies deutlicher als durch die von ihnen gewählten "Standesvertreter" von der ÖVP-nahen Österreichischen Studentenunion (ÖSU) und deren Rolle im Ver-

lauf der Kampagne. Diese Herren scheuten doch nicht davor zurück, immer wieder mit den Professoren gemeinsam auf die linken Studenten zu hetzen, mit Argumenten wie: Es gälte doch, den österreichischen Kollegen ihre Studienplätze zu sichern, die Linken wollten sich doch nur ihr Süppchen kochen, etc. Die ÖH hatte auch großes Interesse daran: Nach Aussage des ehemaligen Rektors, Herrn Winkler wie auch des jetzigen sollen ihr die Beschlüsse der Rektorenkonferenz bezüglich des Aufnahmestopp für Ausländer bekannt gewesen sein. Sie hätte keinerlei Einspruch erhoben.

Ein besonders reaktionäres Stück leistete sich der Hauptausschußvorsitzende der Wiener Universität, ein Herr Karasek (Sohn eines illustren Herrn und ÖSU-Mandatar): Er riß Plakate einer fortschrittlichen Studienrichtungsververtretung herunter und zeigte Tags darauf, von einigen Studenten zur Re gestellt, den Studienrichtungsvertreter Walter Baier (KSV) wegen eines ganzen Speisezettels von Delikten an, die samt und sonders seine eigene Erfindung sind. Man sieht bei den Macheschaften der ÖSU-ÖH immer deutlicher, wie gut sie in die Rolle paßt, die ihr die Ministerialbürokratie auf den Leib geschrieben hat: Sie ist der verlängerte Arm der technokratischen Hochschulreform unter den Studenten. Entsprechend wird sie bekämpft werden müssen.